# itliches

von

Walther Rathenau

S. Fischer, Verlag, Berlin


S F
V



# Zeitliches

von

Walther Rathenau

---

1918

S. Fischer · Verlag
Berlin



11.—20. Tausend

# Der wahre Grund politischer Fehler

Man beginnt zu fühlen, was vor dieser Zeit so oft und eindringlich ausgesprochen und so gleichgültig und achtlos überhört wurde: daß ein Menschenalter fehlerhafter und unglücklicher auswärtiger Politik das Beste verscherzt hat, was ein Geschlecht mit Waffen und Bündnissen, ein zweites mit Handel und Wirtschaft bereitet hatte.

Jede andere Nation wäre durch solche Epoche vernichtet worden; uns brachte ein Krieg zur Unzeit gegen eine verbündete Welt an den Rand des Verderbens; innere Kraft und der Zusammenbruch des Ostens haben uns gerettet.

In letzter Zeit hat der Stand der Großbürger und Kaufleute, der zuvor das Außergeschäftliche ablehnte und das Politische aus mannigfachen Gründen hinnahm, begonnen, nach Ursachen zu suchen. Er stößt auf das Nächste: Amt und Personen; er wendet die geläufigen Mittel an: Reform des auswärtigen Dienstes.

Es gibt nichts in der Welt, das nicht gebessert werden könnte; vor Jahren habe ich in den Mittelpunkt des Problems den Begriff der Auslese gestellt, der bei uns im Gegensinne gehandhabt wird; er ist in jener Zeit

der politischen Gleichgültigkeit und des Wettbewerbs um bürgerliche Vorteile unbeachtet geblieben wie manches andere.

Sieht man ab von den Mängeln einer Auswahl, die im Verhältnis von eins zu zehntausend den Kreis der Begabungen verengert, so haben Amt und Menschen ihre Schuldigkeit getan und darüber hinaus an Persönlichkeit und Würde, Einsicht und Tatkraft manches geleistet, auf das wir stolz sein dürfen. Versagt hat die Leitung, die Zentralpolitik, die Richtkraft, die Genialität des Willens.

Ein Volk von unserer Größe hat die Möglichkeit, den Anspruch und die Pflicht, genial geleitet zu werden. Nicht nur bei schlechter, schon bei mittelmäßiger Leitung geht es im Wettbewerb mit den stärksten Kräften der Gegner zugrunde. Mangelhafte Führerschaft ist nicht, wie man glaubt, ein zufälliger Fehler, der durch gelegentliche Reformen kuriert werden kann, sondern ein Symptom der tiefsten Erkrankung im Organismus und Aufbau. Wenn ein Baum keine Blüten mehr trägt, so muß man nicht die Zweige, sondern die Wurzeln heilen.

Das große Gebiet der Auslese soll hier nicht nochmals erörtert, sondern angenommen werden, es stünden uns in unbeschränkter Zahl die stärksten Menschen und Begabungen zur Verfügung. Könnten sie schaffen und wirken? Könnten sie sich auch nur halten? Nein.

Wenn Bismarck wiederkäme, was würde geschehen? Er wäre in längstens drei Monaten erledigt. Aber er war doch? und hat geschaffen und gewirkt? Gewöhnlich sagt man, er habe die Einrichtungen unseres Staates

so auf sich zugeschnitten, daß sie auf keinen anderen passen. Dann müßten sie doch bis an sein Lebensende auf ihn gepaßt haben; und doch ging er nicht freiwillig. Käme er wieder, so würden sie, die inzwischen noch verworrener geworden sind, noch weniger auf ihn passen, als bei seinem Ende. Er würde sich durch knappe, mühselige Wochen halten, sofern überhaupt er, der einen König, der ihm nicht paßte, einfach überschlug, sich bereit finden ließe, zu kommen.

Was also war das Geheimnis des Bismarckschen Wirkens innerhalb der damals geringeren Verworrenheit des staatlichen Lebens, der Schwierigkeiten, über die er so leidenschaftlich wie kein anderer klagte? Das Geheimnis war die jahrzehntelange Inamovibilität, wie man es damals nannte, die praktische Unabsetzbarkeit.

Der Unabsetzbare kann, wenn er der Mann dazu ist, auch im verworrensten System Wunder wirken. Wir wünschen nicht auf die Diktatur zuzusteuern; wir wünschen ein bewegliches Staatswesen mit geteilter Verantwortung. Dann aber muß es organisch regierbar sein. Das unsere ist es nicht, außer für unabsetzbare Staatsmänner, die wir nicht wollen, und den Grund nenne ich: das neunundneunzigfache Veto ohne Jubeo.

Sind menschliche Kraft und Begabung und verfügbare Machtmittel als bestimmte Größen gegeben, so hängt die Wirksamkeit aller Politik, innerer wie äußerer, lediglich ab von der Bewegungsfreiheit ihrer Leiter. Diese Bewegungsfreiheit kann gehemmt sein durch Bindungen aller Art: Bündnisse, Herkommen, Verfassung, Kollegialitäten, Mißbrauch, Reibungen, aktive und passive Widerstände. Jede dieser Hemmungen ist zu brechen:

aber nur dann, wenn das Werkzeug härter ist als das Werkstück; der Kampf ist nutzlos, wenn der Kämpfende weiß, daß er in wenig Monaten abgenutzt und beseitigt sein wird, und daß als sein Nachfolger einer kommt, der sich fügt. Nur der Unabsetzbare kann den Kampf aufnehmen, oder ein solcher, der glaubt oder weiß, daß sein Opfer nicht vergeblich war, daß jeder der Kommenden sich nach ihm in die Bresche stürzen wird, bis sie voll ist.

Mit jeder Hemmung, mit jeder Festlegung verliert das politische System ganze Reihen von Bewegungsmöglichkeiten, bis es schließlich so tiefgreifend erstarrt, daß nur noch kleinste Verschiebungen in jedem Augenblick gestattet sind, und zwar natürlich nicht die, welche weittragend, rettend und entscheidend sind, sondern die, welche man resigniert und kleingestimmt für das kleinere Übel hält. Denn die Stimmung ist nicht mehr die der freudigen Beginne, der kühnen Entschlüsse, der jugendlichen Zuversicht, sondern der enttäuschten Praxis, der routinierten Erfahrung, der unüberzeugten Wurstelei. Man spricht dann überlegen von Ideologien, von Uferlosigkeiten, von unerfüllbaren Forderungen, beruft sich auf die Erbklugheit des Herkommens und der Praktiken, um sich Unfruchtbarkeit und Unkraft zu verleugnen.

Man sagt, man könne nicht zwei Herren zugleich dienen, und das ist sicher wahr. Aber man glaubt, Politik, die höchste Geschäftskunst der Staaten, die Schicksalsbestimmung der Völker könne im Dienste von zwanzig Herren geführt werden, beschwert überdies durch ein Vielfaches unsichtbarer Bindungen, und Kämpfen ausgesetzt, die von ungefesselten Gegnern geführt werden.

Ein hoher Staatsdiener wird ernannt, ein Staatssekretär oder Minister, ein bedeutender Mann, der ein Menschenleben daran gesetzt hat, von neuen Gestaltungen, von großen Zielen und Reformen sich ein schöpferisches Bild zu machen. Seine ersten Begegnungen, Besuche, Rücksprachen und Prüfungen zeigen ihm, wie sehr er seine Willensfreiheit überschätzt hat. Sein Eindruck ist: für meine Arbeit brauche ich, wenn sie gelingen soll, nicht zehn Monate, sondern bestenfalls zehn Jahre. Meine Amtszeit wird nicht zehn Jahre, sondern bestenfalls zehn Monate sein. Man wird aufatmen, wenn man mich los ist, und wenn man im alten Gleise weiterfahren kann. Jeder, mit dem ich gesprochen habe, ist mein Gegner, sofern ich ihm nicht den Willen tue. Jeder droht, mich zu stürzen, wenn ich mich nicht füge, und jeder vermag es. Ich habe drei Wege: entweder sofort wieder zu gehen, oder auf alle weittragenden Pläne zu verzichten und Tagesarbeit zu leisten, oder nach wenigen Monaten mich abgearbeitet und verärgert davonjagen zu lassen.

Hier sei nun bemerkt, daß jedes Unternehmen zugrunde geht, dessen Politik sich auf Erledigung von Tagesfragen beschränkt. Im Wettkampf der Organismen siegt der auf weite Zukunft angelegte; Zukunftspolitik aber ist Sache der Intuition und Genialität, sie ist für die Menge nicht überzeugend, wird bestritten und kann nur im Stande voller Bewegungsfreiheit, ehrlichen Vertrauens und langer Ungestörtheit geführt werden.

Wir folgen den Erwägungen des neuen Staatsmannes. Mit dem Monarchen, der ihn ins Vertrauen berief, darf er hoffen zurechtzukommen; er hätte die Stellung nicht

angenommen, wenn er in genauer Kenntnis der monarchischen Auffassungen und nach erfolgter Aussprache sich nicht geprüft und zur notwendigen Anpassung entschlossen hätte. Die wenigen Staatsmänner, die unseres inneren Verfassungsgeistes bewußt ihr Amt antraten in der dunklen Meinung, mit dem Monarchen im Falle eines Konflikts »fertig zu werden«, haben kein würdiges Spiel getrieben.

Dies ist die erste Bindung. Sie verengert sich: denn der Monarch steht nicht isoliert, sondern inmitten einer Umgebung. Bismarck, der Unabsetzbare, wurde nicht müde, Klage zu führen über die Beschränkungen und Reibungen, die sich aus der Stellung der königlichen Angehörigen, des Hofgesindes, der drei Kabinette, der einflußreichen Freunde ergaben. Diese Stellen können, wenn sie vorhanden sind, weder beseitigt noch umgangen werden. Demnach muß der Staatsmann auch im außeramtlichen Leben sich fügen und anpassen, besuchen und berichten, Wünsche hinnehmen, aufklären. Eine mißdeutete öffentliche Rede, ein Zug des Privatlebens, eine Mißhelligkeit kann eine Laufbahn beenden.

Der hohe Beamte ist Diplomat und Hofmann; so glaubt er auch mit dieser inoffiziellen Bindung sich abzufinden, die ihm freilich von selbstbewußter Freiheit schon einiges nimmt.

Die Bundesfürsten haben verschiedenen Einfluß. Vor allem mit den drei Königen muß ein enges Einvernehmen auch persönlicher Art gesucht werden. Bismarck legte auf die Beziehungen zum bayrischen Monarchen mit Recht so großen Wert, daß er in seinen Denkwürdigkeiten auch minder bedeutende Berichte an diesen Herrn

veröffentlichte. Kirchliche Rücksichten dürfen nicht vergessen werden, sofern sie eine höfische Beziehung unterstützen, dynastische Wünsche müssen bekannt sein und Verständnis finden. Zu den Monarchen des Bundes gesellen sich die verbündeten; ein Staatsmann, über den man sich von Wien aus persönlich beklagt, kann es in Berlin nicht leicht haben. Es ist der Fall vorgekommen, daß das offizielle österreichische Preßorgan auf die Unliebsamkeit einer Kandidatur aufmerksam machte.

Dieser dritte Kreis von Bindungen muß nicht ausgesprochen politisch sein. Die eigentlich politischen Bindungen beginnen beim Bundesrat und Reichstag. Parlamentarischen und verfassungsmäßigen Gebundenheiten unterliegt jeder neuzeitliche Staatsmann. In parlamentarisch-konstitutionellen Staaten liegen die Verhältnisse sachlich klarer und für weittragende Politik vorteilhafter: solange einer im Auftrage der herrschenden Parteien regiert, ist er ihr Vertrauensmann, nicht Mitglied einer fremden, verdächtigen, erblich entgegengesetzten Regierung. Man hat ihn gewollt: nun läßt man ihn arbeiten; nicht lebenslänglich, doch einigermaßen ungestört und nach Unterbrechungen wiederkehrend. Er endet nicht als ein Verungnadeter, sondern als ein zeitweilig Zurückgestellter. Er wird nicht mit offenem Mißtrauen durch tägliche Ausschußarbeit gehetzt; er muß vor allem nicht jede seiner Maßnahmen durch unsachliche Gegenleistungen an eine ausschlaggebende Parteigruppe erkaufen. Er kann ein Programm aufstellen und durchführen, das Fernziele enthält, ja enthalten muß; er braucht dieses Programm durch unverantwortliche Gegenwirkung nicht Stück für Stück durchlöchern zu lassen;

wird es ihm zu bunt, so stellt er die Vertrauensfrage, dann kann es geschehen, daß man ihn und seine Ziele auf ein paar Jahre beiseite setzt, doch kann es ihm nicht passieren, daß man ihm dauernd seine Arbeit verpfuscht oder ihn zwingt, Stückwerk zu liefern.

In manchem Sinne freilich hat es der halbkonstitutionelle Staatsmann bequemer. Er kann, wenn er schlau ist, sein Parlament als eine halbfeindliche Rotte dummer Teufel an der Nase führen, indem er ihnen das entscheidende Material vorenthält oder es in gefärbten und versüßten Dosen eingibt, er kann sich durch gut verteilte Gefälligkeiten stets wechselnde Mehrheiten bilden, er kann, bis ihm der Atem ausgeht, das Parlament verleiten, Dinge zu beschließen, die es eigentlich nicht will, deren Zusammenhang es nicht versteht, die dem Augenblicksbedarf der abstrakten, heimlich konservativen Regierung zugute kommen. Aber diese Dinge werden niemals eine einheitliche, ins Weite tragende Zielkraft haben, sie werden eine brüchige, eckige, zickzackförmige Kurve bilden, die keiner geradlinigen Konkurrenz standhält.

Hier lösen die hergebrachten Begriffe der Autokratie und Demokratie sich geradewegs in ihr Gegenteil auf. Nur die echte Demokratie der Verfassung kann die unentbehrliche Autokratie der regierenden Durchführung zuwege bringen, deren persönliche Form so unentbehrlich nötig ist, wie für die Schaffung irgendeines anderen Meisterwerkes. Regieren muß gleichzeitig demokratische Vertrauenssache und autokratische, selbstverantwortliche Kunst sein. Bei uns ist es vielfach autokratische Vertrauenssache gewesen, geschädigt durch demokratisches,

mißtrauisches Hineinpfuschen in den künstlerisch abzusondernden Arbeitsbereich des einzelnen. Dieser falsche Demokratismus des Mißtrauens und der Rankune ist die notwendige Gegenerscheinung des grundsätzlichen Autokratismus; denn ohne diese Zutat wäre er offener Absolutismus, den man nicht will. Nur der grundsätzliche Demokratismus des Aufbaues kann es sich leisten, den Geschöpfen seiner Macht und seines Vertrauens die volle, ungestörte autokratische Schaffensfreiheit zu gewähren, die zum großen Handeln und zur starken Politik gehört.

Wie sehr man diese Zusammenhänge bei uns mißversteht, geht daraus hervor, daß man unser breites Reichstagswahlrecht zum Beweis für demokratischen Aufbau unseres Staates anführt, und daß man sich über den Autokratismus einiger republikanischer Präsidenten lustig macht. Unser Aufbau wäre demokratisch, wenn er auf volkstümlicher Grundlage eine Regierung schüfe, die unsere eigene Sache, unsere Vertrauensverwaltung, nicht eine erbliche Gegenkaste und traditionelle Gesinnungsschule wäre; sie könnte dann so ungehindert arbeiten, wie sie wollte. Jene Präsidenten tun es, weil die Bürger sie, und sie sich selbst für die geschaffenen Willensorgane des Volkes halten, die nur dadurch und solange bestehen, als ihre Grundsätze sich mit denen ihrer Auftraggeber decken.

Wüßte man bei uns, was wahre Demokratie ist, so würde man sie im grundsätzlichen Aufbau zu verwirklichen suchen, nicht im nachträglichen, mißtrauischen, korrektiven Hineinpfuschen in persönliches Arbeiten. Man entschädigt sich dafür, daß man an der grundsätzlichen

Gestaltung des eigenen Schicksals unbeteiligt bleibt, und daß man der unabwendbaren Beherrschung durch eine regierende Kaste unterliegt, indem man dieser Regierung dauernd das unverhohlene Mißtrauen entgegenhält, sie durch unübersehbares Ausschuß- und Einmischungswesen überwacht und ihr dermaßen die Bewegungsfreiheit schmälert, daß sie schließlich das wachsende Mißtrauen schon deshalb verdient, weil sie sich auf diesen Handel eingelassen hat und tätig bleibt, wo sie nicht wirken kann.

Ein neuer Kreis von Bindungen: die Kollegen. In wahrhaft konstitutionellen Ländern nimmt der politische und persönliche Zwiespalt beim Parlament ein Ende; das Kabinett, das von der Kammer ausgesondert wird, ist einheitlich. Ein Fachmann hat den Forderungen der Zeit und Mehrheit gemäß es zusammengestellt, bindende Richtlinien sind in einem Programm vereinbart, für die Homogenität der Auffassung, für die Einheit der Arbeitsleistung haftet der Ministerpräsident, der seinen Stab, solange er im Amte bleibt, ergänzt. Wer die gemeinschaftliche, die vereinbarte Politik nicht mitmacht, scheidet aus, wer sie durch kleinliche Bedenken erschwert, wird zurechtgewiesen. Überdies wollen alle das gleiche Endziel.

Bei uns liegt die Sache so: Der Eintretende sieht sich zwei Reihen von wirklichen und unwirklichen Kollegen gegenüber: den Ministern und Staatssekretären; die bundesstaatlichen Minister, die Chefs der Kabinette und der Stäbe, die Hofchargen und zweifachen Kirchenfürsten ungerechnet. Etwas schräg darüber thront ein Kanzler.

Nun gibt es der Fragen sehr wenige, der Fernfragen keine, die nicht an verschiedene Amtsbezirke rühren. Mit den Finanzen des Staates und Reiches, mit der Exekutive des Innern hat das meiste, mit dem Äußeren und der Wehrmacht hat vieles zu tun.

Der Neuling nimmt Fühlung. Höflich sind fast alle, entgegenkommend – ob äußerlich, ob innerlich, weiß man nicht – einzelne, ins menschliche, ins politische, ins geschäftliche Herz sieht er keinem. Warum auch? Jeder einzelne steht da aus eigenem Recht des ihm zugewiesenen Vertrauens, jeder hat seine Herkunft und seine Ziele für sich und die ganze Skepsis seiner langen Erfahrung, daß gewisse Dinge gehen und andere nicht gehen, und daß überall mit Wasser gekocht wird.

Mit einigen wird man näher bekannt. Von anderen weiß man, wenigstens zeitweise, wie man mit ihnen steht. Einzelne gehen ab, neue, die man kennt oder nicht kennt, kommen hinzu. Auf den Gedanken, daß das alles ganz anders sein könnte, kommt niemand. Es ist ein Teil der preußischen Tradition, der richtig war, solange ein König oder Stellvertreter die einfachen Geschäfte eines kleineren Landes führte und sich seiner Räte bediente; der falsch wurde, als man einen zentralen Verwaltungskörper brauchte und stillschweigend der ungeprüften Fiktion unterlag, unsere Ministerien seien einheitliche Organe.

Die große Gewissenhaftigkeit des deutschen Beamten sorgt dafür, daß das zehnfache Veto, in das die Herren sich teilen, nicht wissentlich gegen offenkundig wichtige Tagesaufgaben mißbraucht wird. Das Arbeiten vom Tag auf den Tag ist daher, wenn auch unter großen

Reibungen, bisher einigermaßen gegangen. Fernaufgaben anzuschneiden hat unter diesen Verhältnissen keinen Sinn und fällt niemand ein, der einige Verwaltungserfahrung mitbringt: wie sollte es überhaupt möglich sein, zufällige Weggenossen, die man kaum kennt, die an praktisches Erledigen gewöhnt, die überlastet, verschieden begabt, eigenartig, manchmal auch selbst enttäuscht sind, von fernen Zielen und Idealen, die erschaut aber nicht bewiesen werden können, zu überzeugen? Man würde sich lächerlich und verdächtig und die ohnehin wacklige Stellung noch wackliger machen.

Das einzige Verbindende, das nicht auf den Tag gerichtet ist, liegt in der gemeinsam ererbten, angezüchteten oder erworbenen Tendenz zum konservativen Staatsideal; betrachtet man diese Tendenz im Hinblick auf das wirklich Geschehende und Notwendige, so erkennt man, daß auch sie nicht ein Ziel, sondern eine Hemmung bedeutet.

Nun bliebe der Aufblick und Appell an den Ministerpräsidenten und Kanzler. An den Ministerpräsidenten – er ist nur der Erste unter Gleichen; an den Kanzler – er ist zwar der Vorgesetzte der Staatssekretäre, aber selten geneigt, sich einzumischen. Er kennt die Hemmungen und fühlt sich – mit Recht – nicht als Kabinettschef. Seine Stellung ist theoretisch und praktisch unausfüllbar. Er hat nur von einem Bruchteil der Dinge Kenntnis, die er verordnet. Er kann gelegentlich die Absetzung eines Ministers und die Ernennung des Nachfolgers durchsetzen, doch nicht, so oft er will. Auf die Wehrmacht ist sein Einfluß ganz gering. Einzelne parlamentarische Verantwortungen muß er widerwillig übernehmen.

Seine Amtsdauer und Nachfolge vermag er nicht abzuschätzen. Fernpolitik zu führen, ist ihm noch mehr erschwert und ungewohnt als seinen Gehilfen, die Verteidigung des Tages und seiner Stellung beansprucht einen erheblichen Teil seiner Arbeit. Er kann sie nur leisten, wenn er es versteht, die gefährlichen Gewitter unter dem Wolkenschemel zu seinen Füßen abrollen zu lassen.

Ein unglücklicher Mann in unglücklicher Stellung: der sich mit der Ohnmacht seines Glanzes und seiner berühmten staatsrechtlichen Eigenart nur abfinden kann in skeptischer Ironie, in betrübter Resignation oder in gänzlicher Ahnungslosigkeit. Dem harmlosen Betrachter aber schwebt das Bild Bismarcks vor Augen und die Machtfülle, die sein genialer Arm an den schmalen und abschüssigen Sockel kettete; man glaubt, dergleichen könne wieder geschehen, wenn der rechte Mann käme, und vergißt, daß alle Genialität hilflos geblieben wäre ohne den Zauber, der bei seinem Schwinden alles vergehen ließ: den Zauber der Unabsetzbarkeit.

Unbewußt wird der praktische Staatsmann nach dieser Erwägung handeln und dem Kanzler geben, was des Kanzlers ist: nämlich ein möglichst unbehelligtes Dasein.

Je weiter wir uns in der Richtung des fünften, sechsten, vor allem des siebenten Hemmungskreises bewegen, desto mehr entfernen wir uns von den Momenten, die allenfalls noch als Folgen eines verwickelten, geschäftlich nicht oft und entschieden genug nachgeprüften Verfassungswesens gerechtfertigt werden können, desto mehr nähern wir uns Erscheinungen, die man wenig milde beurteilen würde, wenn man sie in einem als

demokratisch verschrienen Nachbarstaat fände und als Zeichen zügelloser Volksherrschaft hinstellen könnte.

Der fünfte Kreis umfaßt die Hindernisse des Amtes.

Für einen Minister, der nichts hinter sich hat, als das unbegeisterte Experiment seiner Ernennung, der am Ende seiner Laufbahn steht, der nach wenigen Jahren mit einem Gnadenzeichen versehen in Ungnaden verschwinden wird, um bestenfalls als Oberpräsident, Domherr oder Aufsichtsrat ein postumes Dasein zu führen und seinem Nekrolog entgegenzureifen: für ihn ist es schlechterdings unmöglich, eine Politik zu führen, die nicht mit der seiner Geheimen Räte übereinstimmt.

Sie sind praktisch unabsetzbar. Sie haben schon manchen seinesgleichen mit fliegenden Hoffnungen kommen, mit gebrochenen Flügeln gehen sehen, sie haben jeden willig empfangen und gelegentlich verteidigt, und selten ihm nachgetrauert, sie erkennen und durchschauen sofort, mag er sich stellen wie er will, sein Wesen, seine Stärken und Fehler, verschweigen ihre Erfahrung und richten sich danach. Sie sind unbegeisterbar und unenttäuschbar.

Sie wissen, was in Preußen, im Reiche geht, und was nicht geht; sie kennen die unsäglich verschlungenen Wege des bureaukratischen Labyrinths, von dem kein Außenstehender eine Vorstellung hat, und das auf keinem Geschäftsgebiet der Erde, einschließlich des Vatikans und der Donaumonarchie, seinesgleichen findet, sie verkörpern die Vergangenheit, die Erfahrung und Überlieferung des Amts, die Personenkenntnis, die hieratische Lehre.

Wer anders will als sie, muß scheitern. Er rennt mit allen seinen Plänen gegen die eherne Mauer des Unmöglich und Undurchführbar, statt stützender Argumente

findet er Gegenbeweise, die Verhandlungen mit Nachbarbehörden scheitern, was schnell gehen müßte, verzögert sich, die Entwürfe entfernen sich immer mehr vom Grundgedanken und werden zu zweifelhaften Kompromissen, im entscheidenden Augenblick des Parlaments verläßt den Verblendeten sein Material und seine Überzeugungskraft, und schon erhebt sich ein unterrichteter Abgeordneter, um ihm den Gnadenstoß zu geben.

Die Widerstände gegen den Neuerer werden in gutem Glauben und mit befugten Mitteln geleistet. Eine Beamtenschaft von unerhörter Sachlichkeit, Hingebung und Vaterlandsliebe, doch gänzlich auf Überlieferung und Konservatismus gestellt, fühlt, daß in einem Staatssystem, dem jede organische Richtkraft fehlt, sie allein für die Erhaltung und tägliche Ausbesserung des Ganzen die Verantwortung trägt. Ein anderer Zustand, der einer eigenlebigen, von selbsttätiger Auslese getragenen, fernwirkenden Politik ist ihr nicht bekannt, vielleicht nicht vorstellbar; so mißtraut sie mit Recht dem Experiment, mit Recht dem Neuerer, der es nicht wäre, wenn er die Widerstände der Gesamtlage einzuschätzen verstände. Sie will, wenn das Schiff nicht fahren kann, zum mindesten, daß es nicht schaukelt.

Tatsächlich regieren uns anonyme Kollegien, vertreten durch je einen, der, mag er wollen oder nicht, nur ihr Sprecher ist; Kollegien aus der gleichen Kaste stammend, in der Zusammensetzung wechselnd, im Wesen stetig. Ein System, nicht ganz unähnlich den Verfassungen antiker Priesterstaaten. Auch sie verfemten den Neuerer und die Neuerung und konnten sich dennoch bei gleichbleibender Anschauungsform jahrhundertelang am Leben er-

halten, sofern ihnen nicht von außen starke Gegner erwuchsen.

Bismarck sprach viel und bitter von seinen Kämpfen mit dem Geheimen Rat, und doch war er meistens Sieger geblieben, weil er den gleichen hörnenen Panzer der Unabsetzbarkeit trug wie seine Gegner. Von seinen Epigonen hat sich niemand mehr beklagt; mit Recht: denn was für jenen Hindernis war, ist für sie Gesetz und Schicksal.

Im sechsten Kreise begegnet uns ein wunderliches Spiel. Wir haben davon gesprochen, daß man (unter der geistigen Führung der beamteten Wissenschaft) sich gewöhnt hat, die breite Wahlgrundlage eines im letzten Sinne machtlosen Reichstages mit Demokratie zu verwechseln.

Ähnliche Verwechslungen gibt es noch mehrere, und dies erklärt sich aus der Neuheit der Erörterung: denn bis vor vier Jahren galt Demokratie als ein Schandwort, dessen unvorsichtige Benutzung bürgerliche Rechte gefährdete, und der Begriff des Volkes hatte in der Politik kein offizielles Dasein.

Je freier die Grundeinrichtungen einer Nation, desto geregelter sind die täglichen Lebenseinrichtungen, die deshalb nicht als Unfreiheit empfunden werden, weil sie nicht Ausflüsse einer gegengesetzten Erbweisheit und Erbmacht sind, sondern als Ausdruck einer selbstgewollten Ordnung erkannt werden. Je unfreier die Grundeinrichtungen, desto lässigere, umgehbarere Willkür gestatten sie im täglichen Leben; ja gerade die despotischsten Ordnungen gefallen sich gelegentlich in der Paradoxie einer gewissen Alltagsfreiheit, sei es in der Presse, im Volks-

leben, in banalen Umgangsformen. Gemeinere Naturen begnügen sich gern mit dieser Freiheit, mag sie auch eine käufliche sein, weil ihnen der Urgrund gleichgültig ist, und weil sie die schlaue Bequemlichkeit des Verkehrs und des Geschäftes lieben.

So wurden einzelne Bewohner des früheren Rußlands nicht müde zu rühmen, wie ungebunden und ungestört bei Tag und Nacht das Leben etwa in Petersburg verfloß, teils mit, teils ohne Tribut der Bestechlichkeit, und sie schätzten diesen Vorteil weit höher ein als die sibirische Gefahr – die andere bedrohte. In gleichem Sinne lehrt man uns, gewisse amerikanische Beschränkungen als Zerrbilder demokratischer Unfreiheit zu verspotten, obgleich man nicht überall so weit geht, durch den Besuch eines fremden, angeblich befreundeten Potentaten eine Hauptstadt in zwei Teile zerreißen zu lassen, damit im Mittelpunkt ungestört ein Stadthaupt in assyrischer Untertänigkeit ersterben kann.

Den Tummelplatz der Verwechslungen bieten unsere unklaren Vorstellungen vom parlamentarischen Wesen. Unsere Parlamente sind von der Regierung ausgeschlossen, auf Gesetzmacherei und unzugänglichen Kritikstoff angewiesen, sie sind überwiegend bevölkert von Ortsgrößen und Gewohnheitsrednern. Sie leisten eine ungeheure Tagesarbeit, entziehen der Regierung gewaltige Kräfte und sind politisch so indifferent, daß eine vierjährige demokratische Mehrheit keinen bleibenden Ausdruck ihres Daseins geschaffen hat. Wird ein lebhafter Beschluß gefaßt, so kann man vorher sagen, daß schon am nächsten Tage der Katzenjammer und die Reue kommt. Die linken Parteien, die sich vorwiegend parlamentarisch

gebärden, würden in ratloser Verlegenheit dastehen, wenn sie die Verantwortung für ein demokratisches Ministerium übernehmen müßten. Die Trivialität, doch nicht die pathetische, wie in Frankreich, sondern die bürgerlich nützliche, ist des Erfolges sicher. Wer in Kenntnis oder in Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse für die »freie Wirtschaft« oder die Rückkehr zu den Dingen von ehedem eintritt, dem lächeln Erfolge, über die die Nachwelt den Kopf schütteln wird.

Alle diese Dinge werden hingenommen. Da aber nun einmal ein Parlamentswesen besteht, so muß es, aus der Bahn gelenkt, seine Freiheiten und Rechte anderswo suchen und findet sie im Individuellen.

Nirgends in der Welt, Italien eingeschlossen, ist der inoffizielle Einfluß der Parlamentarier so groß wie bei uns. Und hier tritt natürlich wieder die Verwechslung ein, daß man diesen Zustand für demokratisch hält, der es wäre, wenn nicht Personen und Gruppen, sondern Volkskräfte wirkten, und der in Wahrheit im überamerikanischen Sinne oligarchisch ist. Nirgends wird mit so viel Ausschüssen und Unterausschüssen gearbeitet und in der Stille paktiert. Gegenwärtig entäußert sich der Reichstag fast während des ganzen Jahres eines großen Teils seines Einflusses zugunsten eines Riesenausschusses, der hinter verschlossenen Türen tagt. Aber die Abwälzung der Gewalten geht weiter. Der einzelne Abgeordnete, der staatsrechtlich für sich allein gar nichts bedeutet, ist nicht ein geduldeter, sondern ein gebetener Gast der Regierungsstellen. Ein beauftragter Vertrauensmann, eine inoffizielle Mitberatungskommission, eine freundlich empfangene Reisegesellschaft, ein gut gewähl-

ter Kommissar bedeuten gewissermaßen Rückversicherungen und Blitzableiter gegen parlamentarische Ungewitter. Diese Gefälligkeiten machen Freude, und das Volk kann leichter über seine politische Passivität getröstet werden, wenn einzelne seiner Vertrauten wirksam sind.

Noch persönlicher wird diese Wirksamkeit, wenn Abgeordnete auf Reisen mit halben Mandaten auswärtige Politik betreiben, wenn sie sich private Beschwerdekanzleien halten, wenn sie als Sachwalter Aufträge entgegennehmen, die sie mit Behörden in Berührung bringen. Es gibt Beschwerdebriefe, die mit eigenem oder zugetragenem Material belastet, wie ein Zweiundvierziger Geschoß durch das Dach eines Ministeriums bis in den Keller schlagen und die Insassen in entsprechende Gemütszustände versetzen.

Alle diese Dinge sind nicht gegen Gesetz und Verfassung, freilich weder vom Gesetzgeber gewollt noch dem Volke bekannt oder gebilligt. Es wäre verfehlt, sie Korruption zu nennen, denn keinem der Beteiligten erwachsen materielle Vorteile, und für diejenige Begünstigung, die nicht mit sichtbaren Gütern, sondern mit Ansehen, Macht und Ehre lohnt, und deren Wirkung in unserem Staatswesen überaus verbreitet ist, fehlt uns nicht nur die Bezeichnung, sondern merkwürdigerweise jeder sittlich-kritische Beigeschmack. Daß Richter, Geistliche, selbst Abgeordnete ausgezeichnet werden können, finden wir selbstverständlich, daß höchste Staatsbeamte und Parlamentspräsidenten das Verhältnis ihrer bescheidenen militärischen Einordnung betonen, gefällt vielfach.

Hat die seltsame Abbiegung des unbefriedigenden parlamentarischen Wesens zu persönlicher Betätigung

mit Korruption auch nichts zu tun, so sind ihre objektiven Wirkungen in aller Unschuld denen der Korruption in gewissem Sinne analog. Denn es handelt sich darum, daß den sachlichen Momenten ein persönliches hinzutritt, das die Unvollkommenheit menschlicher Einrichtungen nicht verkleinert, sondern vergrößert.

Für den regierenden Staatsmann entsteht aus diesen Verhältnissen abermals eine ungezählte Mehrung der Einspruchsgefahren. Es wächst die Zahl der Personen, denen er behagen, die Zahl der Lagen, in denen er paktieren, die Zahl der Begründungen, die er finden muß, und abermals beschränkt sich seine Bewegungsfreiheit, seine Möglichkeit, Gedanken zu verwirklichen, die nicht die gemeinplätzigen Gedanken aller sind.

Wir betreten den siebenten Kreis. Hier handeln nicht mehr über-, neben- und nachgeordnete behördliche Mächte, sondern inoffizielle Wesen, Organismen, Bünde, Körperschaften, bis herab zum harmlosen Privatmann und unschuldvollen Interessenten.

Da ist zunächst die Presse. In vielen außerdeutschen Ländern ist sie bestechlich. Das ist unsittlich, jedoch für eine skrupellose Regierung bequem und für den Leser nicht so schädlich, als man meinen sollte; denn er weiß, woran er ist, er gewöhnt sich, Blätter verschiedener Richtung zu lesen und die Zeitung für ein wirtschaftliches Unternehmen, nicht für den kastalischen Quell zu halten.

Unsere angesehene Presse ist unbestechlich und sehr unabhängig; sie hält es aber vielfach für nötig, aus dieser Tugend eine Not zu machen, indem sie unablässig den Beweis der Unabhängigkeit von neuem erbringen will

und daher auch den politisch ihr Nächststehenden weit mehr Tadel als Zustimmung spendet. Um eine gute Presse zu haben, muß man tot oder wenigstens sehr alt sein; am besten haben es neben den verstorbenen Klassikern und Nationalhelden die Forscher entfernter Wissensgebiete.

Dem politischen Staatsmann steht eine karge Offiziosität, zu deutsch Dienstbeflissenheit, zur Verfügung, und nur wenn er sichtbar reaktionär ist, eine Parteipresse. Bei der unwahren Fiktion, daß er keiner Partei angehört, darf und kann er auf keine andere grundsätzliche Unterstützung in der Publizistik rechnen, und wenn jemals die Zeit kommt, die aktive Parteiführer als Staatslenker verlangt und duldet, so wird es lange dauern, bis die Presse sich gewöhnt, unter Vorbehalt ihrer Unabhängigkeit und besseren Einsicht, die grundsätzliche Politik eines Anderen zu stützen, wenn er im wesentlichen der Mann ihrer Richtung ist.

Heute ist das Verhältnis des Staatsmannes zur Presse das eines Einjährigen zum bärbeißigen und unbestechlichen Feldwebel der Friedenszeit: der bestenfalls Freundlichkeiten duldet, jedoch keine erweist.

Da sind Magnaten mit und ohne Generaldirektoren. Sie müssen freundlich empfangen, mit Umsicht und Respekt behandelt werden, auch wenn sie sich etwas naiv stellen und wunderliche Wünsche haben. Ihre Beziehungen zu Hof- und Militärkreisen sind wertvoll; verweigert man ihnen zu oft kleine Gefälligkeiten oder schädigt man ihre ländlichen und wirtschaftlichen Interessen, so darf man sich nicht wundern, wenn man gelegentlich von seiner Frau hört, es sei in Gesellschaft über

Eigensinn und mangelnde Konzilianz, wo nicht über Schlimmeres, geklagt worden.

Protektion und Nepotismus gibt es überall. Wenn sich, wie bei uns, der grundsätzliche, staatlich anerkannte Nepotismus auf eine Zahl von einigen Tausend Regierungsfähigen erstreckt, die sich nicht mit dem Vorzug begnügen, sondern das Monopol verlangen, so wird es einem erfahrenen und geschmeidigen Staatsdiener nicht schwer, auf ein paar Große Rücksicht zu nehmen. An dieser Bindung allein konnte manches Selbstbewußtsein scheitern, nicht unsere Politik; doch es kommt eins zum andern.

Ein bedenklicheres Veto ist das der wirtschaftlichen Körperschaften öffentlichen und privaten Rechts.

In anderen Schriften habe ich die unglaubliche Vervollkommnung der Interessentengruppen und Verbände im privatpolitischen und dialektischen Feldzugwesen, ihre verfeinerte Hellhörigkeit und Witterung für die leiseste Änderung ihrer Interessenatmosphäre geschildert. Ihre Redner und Verbandsorgane verteidigen sich gegen die entfernteste Beeinträchtigung der Neukomischler Korsettindustrie oder des Scherzartikelgewerbes von Unterfranken mit einem geschichtlichen, volkswirtschaftlichen, diplomatischen, agitatorischen, rednerischen und schriftstellerischen Aufwand, der den Athenern gegen Philipp von Mazedonien nicht zur Verfügung stand. In letzter Stunde erklärt der tieferregte Abgeordnete, dem diese Interessen ans Herz gelegt sind: Handelsvertrag? Wirtschaftsreform? schön und wohl. Doch nur über meine Leiche, wenn die Interessen der Sonnenschirmgestelle von Xfelde nicht gewahrt bleiben. Treten Volks-

versammlungen von Interessenten, womöglich unterstützt von Handelskammerbeschlüssen in Massen auf, so ist jede große Reform geliefert und der Staatsmann, der sie vertritt, gefährdet. Warum hängt er sich an Ideologien? Er sollte wissen, gegen welche Mächte man wirken kann und gegen welche nicht. Beschränkt er sich auf die Erledigung seiner Tagesgeschäfte, so kann er zwar gestört, aber nicht gestürzt werden.

Jene Gattung von Interessenten, die es nicht über sich vermag, die Sache der Gemeinschaft über die Sache des eigenen Nutzens zu stellen, hat zur Bildung der europäischen Gewitteratmosphäre ein gutes Teil beigetragen. In der Vorkriegszeit fand man es den Geschäften abträglich, sich mit Fragen des Staates zu befassen. Eine grenzenlose Streberei, Schusterei und Liebedienerei in einzelnen großbürgerlichen Kreisen beklatschte jede Fanfaronade, lächelte zu jedem Irrtum und katzbuckelte an jedem Ort, wo ein Eintritt zu den Schatzkammern der gesellschaftlichen Ehren und Förderungen vermutet wurde. Nun, da die Rechnung in Form ungeheurer wirtschaftlicher Zerrüttung vorliegt, entrüstet man sich und sucht, wie es im Wesen kleinerer Geister liegt, die Schuld bei Personen, allenfalls bei nebensächlichen Amtsgepflogenheiten, keineswegs bei den Grundeinrichtungen des Staates oder bei sich selbst. Man beschuldigt und agitiert, pocht auf das ewig Vergangene, tröstet sich und andere mit haltlosen Versprechungen, freut sich des Augenblicksbeifalls urteilsloser Mitinteressenten und wiederholt in neuer Form die alten Fehler.

Den einzigen großen politischen Gedanken, den auf unserer Seite der Krieg reifen ließ, den deutsch-österreichi-

schen Zollverein, den hat, gestützt auf die Gleichgültigkeit der Staatsmänner, der Interessent mit seinem Rüstzeug von Kammern und Vereinen, von Verbänden und Verbindungen zu Falle gebracht. Den einzigen großen Wirtschaftsgedanken, den der bewußt durchstaatlichten und verwissenschaftlichten Produktion, bekämpft der Interessent mit der Macht bezahlter Banalität; er wird es erreichen, ihn solange zu fesseln – denn töten kann er ihn nicht –, bis wir widerwillig nachstrebend dem Auslande folgen müssen, das wir freiwillig und siegreich zu überflügeln berufen waren.

Wir leben in einer Zeit des Fehde- und Faustrechts der Interessen. Vor den Interessenburgen sind Schlagbäume ausgelegt, die niemand ungebüßt durchbricht; den Wegzoll erhebt nicht die Gewalt, sondern der Einfluß, die Agitation, die planmäßig bearbeitete öffentliche Meinung. Es fehlt der Landfrieden, den nur ein System großer, unbestechlicher, herrschender, idealgerichteter Parteien herstellen könnte; es fehlt das Tribunal, das dem notwendigen politischen Gedanken recht gibt und ihn schützt gegen das Zerpflücken zum üblen Kompromiß der Interessen. Der große Gedanke, der die Gemeinschaft erhebt, kann es nicht allen recht machen, der Kompromiß, der es allen recht machen will, ist ein schielender Krüppel, der die Gemeinschaft verrät.

Wir haben den Interessenten betrachtet als ein Abstraktum, als den Inbegriff derjenigen privatwirtschaftlichen Kräfte, die sich dem Gemeinwohl nicht einordnen wollen und die mit einem Netz von Verbündung und Einfluß den Staat überziehen und die Bewegungsfreiheit der Staatslenker ersticken. Doch soll nicht verschwiegen

sein, daß auch die einzelne Wirtschaftsgröße und Wirtschaftsgruppe eine solche Macht der Beziehung erlangen kann, daß sie zwar nicht alles durchsetzt, was sie will, wohl aber, und in den überraschendsten Formen, manches von dem verhindert, was sie nicht will. Dem Staatsmann, der sich ohnehin auf so viele Hemmungskräfte einzustellen hat, braucht nicht erst angedeutet zu werden, daß auch hier Mächte schlummern, die man nicht ohne Not herausfordert.

Solange aber in Deutschland der volle Friede nicht wieder eingezogen ist – und wer von uns wird diesen Zeitpunkt erleben? – wird jeder Staatsmann nicht bloß mit diesem ganzen Planetenhimmel von kreisenden, bestimmenden und hemmenden Gestirnen zu rechnen haben; er wird sich oberhalb dieser Bahnen einer Fixsternsphäre bewußt sein, die in unbewegter Höhe die letzten Geschicke leitet, und mit der auch nur einen Augenblick in Disharmonie zu leben unmöglich ist. Hierin liegt im Vergleich zu der Zufälligkeit der niederen Bindungen fast etwas Versöhnliches; ein Schicksalszug, wie auf der attischen Bühne, bindet jeden großen Schritt des Lebens und verleiht dem Heimgang einen Schatten tragischer Größe.

Die Zwangläufigkeit des geschilderten Mechanismus habe ich das System des neunundneunzigfachen Veto ohne Jubeo genannt, wie ich glaube, ohne Übertreibung. Die Staatsrechtslehre weiß von diesen Dingen nichts, denn sie ist leider keine psychologische noch pragmatische Wissenschaft. Sie bringt guten Willen mit, um das Vorhandene zu deuten, vernünftig zu finden oder mit einiger Hilfskonstruktion vernünftig zu machen. Der

juristische Mechanismus stimmt, ja er scheint zu laufen somit taugt er. Das übrige besorgt eine eigens erfundene deutsche Freiheit, die jeweils soweit reicht, wie bestehende Auslegung und Praxis der Verfassung.

Daß die Dinge anders sein könnten, stellt man sich nicht vor, und braucht man sich nicht vorzustellen, da man nicht einmal weiß, wie sie sind. Die Ergebnisse einer dreißigjährigen Politik betrachtet man als üblen Zufall, als das, was man studentisch Pech nennt; kaum daß man beginnt, den Begriff der mangelhaften Auslese sich anzueignen, auf den ich hier nicht eingehe, nachdem ich ihn im Laufe vieler Jahre erörtert habe.

Die atemlose Furcht vor Demokratisierung und Kürzung wirtschaftlich-gesellschaftlicher Vorrechte hemmt jede Betrachtung. Glaubt denn ein Mensch in der Welt, man könne Parlamente und Parlamentarismus um ihrer selbst willen lieben, sofern man nicht als Bewunderer der Mittelmäßigkeit, der Redensart und des Brusttons geboren ist? Diese Dinge sind große Übel, und dennoch weit kleinere als alle Systeme der Halbheit und des Kompromisses. Ohne Parlamente gibt es keine selbsttätige Auslese politischer Talente, und ohne Parlamentarismus gibt es keine stetige, weittragende Politik. Die kann nur geführt werden, wenn der Staatsmann einer einzigen Bindung unterliegt: der seiner Auftraggeber, König und Parlament, die einig sind. Niemand kann zwei Herren dienen, geschweige zehn oder hundert.

Daß das System des neunundneunzigfachen Vetos jede Fernpolitik ausschließt, ist bewiesen. Wendet man ein, daß wir nach diesem System seit Bismarck ein Menschenalter Politik getrieben haben, so ist zu antworten:

sie war danach, und ihre Ergebnisse bekommen wir zu fühlen. Man frage die Leiter eines Wirtschaftsunternehmens, ob sie ihre Verantwortungen zu tragen geneigt sind, wenn man ihre Arbeit auf den Tag beschränkt, sie zwangläufig führt und ihnen die Sorge für die Zukunft wehrt. Sie werden erwidern, daß sie lieber verzichten, als daß sie ihr Werk wehrlos der Konkurrenz ausgeliefert sähen.

Was bleibt denn schließlich als Kern beschränkter Tagesarbeit und Nummernerledigung? Entweder der Verzicht oder planmäßige Selbstverteidigung. Die normale Kanzlerarbeit geht denn auch, abgesehen von gelegentlichen parlamentarischen Eingriffen, in weit angelegter Selbstverteidigung auf, und das unerfüllbar breiteste, überragendste Machtgebiet wird zum persönlichsten, unergiebigsten und beschränktesten. Nur aus diesem Begriff der Selbstverteidigung lassen sich die überraschenden Entschließungen der letzten Jahrzehnte begreifen. Man rechne einfach nach, wieviel unproduktive Vermittlungsarbeit zu leisten ist, und man wird finden, daß schlechterdings nichts übrigbleibt.

Nun möchte man fragen: wie kommt es, daß immer wieder sich tüchtige und gewissenhafte Leute für hohe Staatsstellungen finden? Die Antwort ist eine dreifache.

Werden Außenstehende berufen, so wissen sie in der Regel nicht, was ihnen bevorsteht. Erfüllt von Hoffnungen und Plänen treten sie ihr Amt an, nach einigen Wochen beginnen sie den Sachverhalt zu ahnen, nach einigen Monaten stehen sie vor der Frage, auf ihre Stellung oder auf ihre Illusionen zu verzichten; die-

jenigen, die den zweiten Weg wählen, können sich einige Jahre halten.

Die bureaukratisch Aufgestiegenen kennen genau die Lage und fühlen sich ihr gewachsen. Ihr Gewissen ist rein, denn sie kennen keinen Vergleich und wissen nicht, daß es anders sein könnte. Ja, dank ihrer erworbenen Routine und Geschicklichkeit glauben sie eine gewisse subjektive Bewegungsfreiheit zu fühlen, gemessen an derjenigen ihrer Vergangenheit, nicht an derjenigen freier Staatsmänner. Auf Bismarckische Ansprüche oder Gedankenformen sich einzulassen, würde ihnen nie in den Sinn kommen; er und seine Epoche erscheint ihnen als etwas Mythosähnliches, dem Vergleich Enthobenes, nur im Zitat Anwendbares. Vielleicht, wenn sie darüber nachdenken, finden sie in der Genialität die Erklärung für das, was Genialität war, freilich in der Verbindung mit klareren Verhältnissen, vor allem mit Unabsetzbarkeit.

Über beiden, Außenstehenden und Eingesessenen, aber schwebt der Glanz einer mystischen Verklärung, dem sich nur wenige entziehen. In schwachkonstitutionellen Staaten sind hohe Staatsstellungen nicht lediglich Verantwortungen einer Verwaltung, sondern es haftet an ihnen etwas vom mystischen Widerschein der Krone. Ein Volk, das sich fast restlos in eine Kette von Vorgesetzten und Untergebenen auflöst, mit der Maßgabe, daß es sich nicht sowohl um Geber und Empfänger von Aufträgen und Vollmachten, sondern weit eher um Herren und Diener handelt, erblickt in der bureaukratischen Spitze eine Art von Satrapen. Die junkerliche Herrenkaste teilt diese Auffassung nicht; für sie ist mit Recht der Mini=

ster bestenfalls einer ihresgleichen, und Herr nur der König. Die hieratische Auffassung aber bekräftigt sich von oben nach unten, denn hier erscheint der oberste Beamte als Vermittler von allerlei Gnaden und Ehren. Empfänglichkeit hierfür gibt es in jedem Lande, aber in keinem Volk ist die Stufenleiter der Gnaden so planvoll organisiert, so anerkannt, so einer bestimmten Führungsform dienstbar gemacht. Wir sind geneigt, die Titelsucht als eine gutartige Schwäche hinzunehmen; sie wäre es, wenn sie nicht den größten Teil der bürgerlichen Intelligenz in organisierte Abhängigkeit des Geistes und der Gesinnung bände.

Bei diesem Zustand der Meinungen ist es nicht verwunderlich, wenn selbst hochdenkende Männer in der Übernahme eines hohen Staatsamtes nicht einen freien Entschluß zur Verantwortung erblicken, sondern eine Art von mystischer Sendung und Fügung, der man sich nicht entziehen kann. Nur so erklären sich zwei Absonderlichkeiten, die geschichtlich und geographisch kaum einen Vorgang haben: einmal, daß jeder noch so berechtigte Anwärter erklärt, er erstrebe den Posten nicht; sodann daß man ab und zu den Ausspruch eines Ernannten hört, er halte sich zwar nicht für geeignet, habe jedoch dem höheren Befehl gehorcht; was nichts anderes bedeutet, als daß er sich nicht als Träger einer Verantwortung fühlt – das kann nur einer, der sich ihr gewachsen weiß – sondern als Werkzeug oberer Einsicht.

Nachdem nun das Versagen unserer Politik zunächst da offenkundig geworden ist, wo unter dem Drucke äußerer Konkurrenz am frühesten die Mängel sich offenbaren müssen, nämlich in der Leitung der auswärtigen

Beziehungen, hat Wissenschaft, Interesse und Agitation in gewohnten Formen sich der Frage bemächtigt.

Langsam hat man sich den Grundsatz der Auslese zu eigen gemacht. Jedoch nicht in dem organischen Sinne, daß der Staatskörper grundsätzlich so umgestaltet werden müsse, daß er selbsttätig seine Begabungen zur Verantwortung fördert, sondern nach der mechanischen Formel: Bürgertum gegen Adel, während im übrigen so wenig wie möglich geändert werden soll. Es würden also, unter gleichbleibenden Verhältnissen des Aufbaus, der Atmosphäre, der Arbeitsweise, der Anschauungsformen und Hemmungen Assimilanten an die Stelle von echten Aristokraten treten und die Schwächen des ererbten Standes mit denen des erstrebten vereinigen.

Sodann hat man die üblichen Besserungsrezepte hervorgezogen. Wo immer sich Mängel zeigen, fördert das mechanisierte Denken nach langem Suchen folgende fünf Heilmittel zutage, die mit stets erneuter Erfinderfreude angepriesen werden. Erstens: den Verein. Zweitens: die Zeitschrift. Drittens: den Ausschuß oder Beirat. Viertens: die Lehranstalt. Fünftens: den Staatszuschuß oder die Kollekte. Diese fünf Elemente lassen sich zu insgesamt sechsundzwanzig Kombinationen vereinigen, mit denen nach der Meinung der jeweiligen Besserer alle Schäden zu heilen sind. Für den vorliegenden Fall – Reform des auswärtigen Dienstes – wird, wenn ich nicht irre, eine Mixtur aus Nummer Eins, Drei, Vier und Fünf angepriesen, also starker Trank, sofern nicht gar noch Nummer Zwei hinzutritt. Nun wird die übliche Reihenfolge der Versammlungen, Entschließungen, Flugschriften, Vorträge, Artikel, Ein-

gaben, Ausschußberatungen, Zugeständnisse, Gründungen und Anstellungen vorüberrauschen, und am Schluß werden alle Teile aufatmen, wenn keiner mehr an seine eigene Meinung glaubt.

Eine organische Krankheit wird nicht geheilt, wenn man die Symptome salbt; ein Staat gesundet nicht, wenn man sich scheut, in seinen Bau einzugreifen und sich an Personen und äußere Einrichtungen hält.

Den materiellen Glauben, daß der Geist von der Wirtschaft bestimmt wird, teile ich nicht. Doch wenn dieser Krieg die Ordnung der Wirtschaft niederschmilzt, den Begriff des Vermögens verflüchtigt und die Schichtung der Gesellschaft erweicht, so kann die politische Struktur nicht starr widerstreben. Je ernster wir gewillt sind, die Grundform des schönen geschichtlichen Bauwerks zu erhalten, desto unbefangener sollten wir die Glieder prüfen, ob sie tragende sind oder sperrende, und beiseite schaffen, was hemmt und düstert. Unsere Nachkommen werden lächeln, wenn sie lesen, mit welchen Gespenstern wir uns schlugen, welche Selbstverständlichkeiten wir ersehnten.

# Von Wahl und Volksvertretung

1.

Es ist Zeit, daß wir uns aus der Erstarrung des toten Wissens und der scholastischen Denkform befreien.

Wenn jemand von einer Kochkiste reden will, so beginnt er mit der vorzeitlichen Keramik, dann folgt die Physiologie der Ernährung, dann ein Ausflug in die Wärmelehre, dann ein Abriß der Gastronomie, dann kommt eine allgemeine Geschichte des Verpackungswesens, dann ein Abschnitt Konstruktionslehre und zuletzt ein Bündel von Ausblicken: indem nämlich alle Theorien und Historien geradlinig verlängert werden. Inzwischen ist die Sache so hoffnungslos verwickelt worden, daß Fabrikant und Hausfrau verzweifeln.

Wir verwechseln dauernd Denken und Forschen, weil durch wirtschaftliche Überspannung und Gedankenträgheit das Denken auf diejenigen übergegangen ist, die Forscher geworden sind, weil sie Handelnde nicht zu sein wünschten.

Wissen und Schaffen ist nicht das gleiche. Würde ein rheinischer Industriemagnat sich ein volkswirtschaftliches Gutachten über die Geschichte der Trusts oder des Bergbaus erbitten, bevor er eine Zeche mit einer Hütte vereinigt?

Weltpolitik wird aus Geschichtsbüchern ermittelt, Diplomatie aus Bismarcks Schriften, Völkerkenntnis aus Zeitungen, Handelspolitik aus Tabellen. Hilfsmittel ersetzen die Eingebung.

Da nun die benutzten Hilfsmittel die gleichen sind, gleichen sich auch die Folgerungen und Voraussichten. Je allgemeiner aber die Voraussage geglaubt wird, desto unbemerkter bleibt es, wenn sie sich nachträglich als falsch erweist.

Wir stecken tief in der Phrase; doch nicht in der enthusiastischen, berauschenden, sondern in der pedantischen Phrase der Wissenschaftlichkeit.

Das wäre nicht so schlimm, wenn die Wissenschaftlichkeit nicht unduldsame Ausschließlichkeit beanspruchte.

Was nicht historisch abgeleitet ist, wird als Rationalismus und Spekulation abgetan.

Was nicht gutachtlich durch völkerkundliche Züge beglaubigt ist, gilt als wurzellos.

Was nicht auf der Mittellinie zwischen genehmigten Ismen liegt, wird abgelehnt, weil behauptetermaßen die Entwickelung sich nur in Diagonalen bewegt.

Jede Definition wird als falsch nachgewiesen.

Immer sind Gesichtspunkte übersehen.

Woran liegt das alles? Weil Handeln und Wissen zwei verschiedene Sprachen reden. Das Richtige und Wahre sind zwei verschiedene Dinge. Das Richtige ist bestenfalls einleuchtend, aber nie beweisbar. Es ist stets einseitig, niemals hundertprozentig, niemals ableitbar; sonst gäbe es keine Fehler. Fehler und Irrtümer sind auch nicht das gleiche. Es kann das Richtige auf offenkundigem Irrtum beruhen und das Verkehrte auf offen-

kundiger Wahrheit. Die Vorstellungskraft von Handlung und Folge, vom Wesentlichen und Unwesentlichen entscheidet.

Man sollte weniger Abhandlungen schreiben, sondern kurz begründete Vorschläge nackt hinstellen. Wenn nicht der Vorschlag stärker überzeugt als die Begründung, so ist er nichts wert.

Wird aber ein guter Vorschlag zur Tat, so ist es gleichgültig, woher er kommt. Die künftigen Gelehrten werden nachher schon beweisen – wenn es dann noch an der Mode ist –, daß er bodenständig und historisch begründet war. Denn wenn auch nicht alles Seiende vernünftig zu sein braucht, so ist es doch niemals außerhalb der Zeit und des Ortes.

2.

Unter Volk verstehe ich den jeweils umfassendsten Inbegriff gemeinsamer Gesittung, Überlieferung und Erlebnisse; unter Staat die Willensorganisation eines Volkes.

Ein Staat steht um so besser im Gleichgewicht, je klarer er die wahre Willensorganisation verkörpert. Es kann sehr unvollkommene Staatsgebilde geben, sei es weil Gewalt angewendet wurde, sei es weil die Willensstruktur des Volkes sich geändert hat.

Bei den Parlamenten ist von Geschlecht zu Geschlecht die Substitution des Grundes an der Arbeit gewesen; gleichviel, was sie ursprünglich waren, heute sind sie oder sollen sie sein Willensabbilder des Volkes.

Ein Abbild kann ähnlich oder unähnlich sein; ähnlich ist es, wenn die Züge des Urbildes in richtiger Anordnung und wahrem Verhältnis wiedergegeben sind.

Welches sind nun die Willenszüge eines Volkes? Sind es Interessen? So möchte es scheinen. Denn was könnte in unseren Zeiten stärker sein? Wenn alle Politik ein offenes oder verstecktes Wirtschaften ist, so sind die Interessen seine Triebkräfte.

Politik ist aber etwas anderes. Sie ist das bewußtgewordene Leben einer Nation nach innen und außen. Sie bedarf der Wirtschaft, sie ist aber nicht um ihretwillen da.

Wäre der Staat etwas Ähnliches wie eine Handelskammer, eine Gewerkschaft, eine Aktiengesellschaft, wäre er kurz gesprochen eine bewaffnete Produktionsgemeinschaft, so könnte er sich scheinbar auf Interessenausgleich aufbauen; genau betrachtet aber auch dann nicht. Denn er bleibt ein lebendiges Wesen: und selbst der armseligste, materiellste Interessentenverein, sofern er sich nicht auf Beschwerden und Petitionen beschränkt, kann sich nicht auf Vermittlungsgeschäfte zwischen seinen Mitgliedern stützen, er bedarf schöpferischen Inhalts, er bedarf der Idee.

Ein Interessen- und Interessentenparlament würde sich in innerer Reibung erschöpfen; jede Partei würde um Tagesvorteile käuflich sein; die Fragen des Geistes und der Gesittung, der Menschlichkeit und Zukunft würden zu Tauschwerten; und schließlich fiele alles der Regierung anheim, die in solchem Parlament ein Werkzeug besäße, jedoch ein unbrauchbares, abgestumpftes, sich selbst verzehrendes.

Betrachtet man alle menschlichen Organisationen und Staaten, die zugrunde gegangen sind, so sind es, abgesehen von denen, die ihre physischen Bedingungen

verloren haben, stets solche gewesen, die ihre Kräfte nicht vereinigt nach vorwärts und außen, sondern zerfleischend nach innen gewendet haben.

Es war nicht zu vermeiden und ist bedenklich genug, daß unsere Parteien immer mehr zu Vertretungen von Interessen und Interessenten geworden sind, nachdem sie zuvor Vertretungen von Gedanken und Gesinnungen gewesen waren. Es hätte längst zum Grundsatz gemacht werden müssen, daß niemand einer gesetzgebenden Körperschaft angehören kann, der neben seiner Partei noch einem anderen Kreise von Auftraggebern politische Verantwortung schuldet. Geht diese Entwicklung ihren Weg, so werden die Parlamente allmählich nur noch aus Verbandsdirektoren, Generalsekretären, Lokalgrößen und Mitläufern bestehen. Auf einer Börse der Interessen und Interessenten aber kann das Staatswohl nicht beruhen; bewußt haben wir den umgekehrten Weg einzuschlagen, der von den Interessenten zu den Gesinnungen und Ideen zurückführt.

Deshalb ist die Vorstellung eines ständischen Parlaments ein kleinlicher und falscher Gedanke. Zum mindesten sollte in einem solchen Hause das Reden verboten sein; denn ein Interessengerede über die höchsten Fragen des staatlichen Daseins ist unerträglich, und die Stellung des Verbandes der Großdestillationen zum Wesen der Kunstakademien wird auch aus der Abstimmung genügend ersichtlich sein.

Soll ein Parlament den Stand des Geistes und Willens eines Volkes spiegeln, so bleibt nichts übrig, als das Wahlrecht an den Menschen zu knüpfen. Hier vereinigt sich der Individualismus der absterbenden frühlibe-

ralen Vorstellung mit dem aufsteigenden Gedanken der Solidarität und Verantwortungsgemeinschaft. Ein jeder fasse den Inbegriff seines persönlichen Wesens, seiner Erfahrungen und Wollungen zusammen und biete sie als Baustein des Staates dar.

Hat man zu weiten Kreisen des Volkes nicht das Vertrauen, daß sie zu reinem, unbestochenem Urteil reif seien, so spreche man dies offen aus und folgere daraus, daß für die Bildung des Volkes nicht genügend geschehen ist. Geht das Mißtrauen so weit, daß man auch dem unterrichteten Volke die Selbstverantwortung abspricht, die man selbst östlichen Halbzivilisierten nicht vorenthält, so sei man sich darüber klar, daß damit der Verzicht auf eine Kulturnation ausgesprochen ist. In beiden Fällen aber hätte man denen unter unseren erbittertsten Gegnern zugestimmt, die behaupten, in Europa gebe es zwei Klassen von Nationen: solche, die ihr Schicksal zu fügen fähig sind, und solche, die zu ihrer Führung einer Vormundschaft bedürfen.

Hat man dagegen Vertrauen zur Mündigkeit des Volkes, wie der Krieg sie nachgerade genügend erwiesen hat, so können politische Minderrechte schlechthin niemand zugemutet werden. Die Spiegelung des Volkes in seiner Vertretung muß eine vollkommene sein; finden sich im Volkskörper ungeläuterte Stellen, so sollen sie auch im Abbilde sich finden, damit sie offenkundig werden und Abhilfe heischen; das natürliche Bild ist mit seinen Unklarheiten besser und wirksamer als das retuschierte oder gefälschte.

Man rede nicht mit Verwirrung der Begriffe von Demokratisierung des Staates durch ein Wahlrecht. Die

Abbildungsweise eines Volkes durch den Wahlvorgang ist nicht autokratisch noch demokratisch, sondern sie ist richtig oder falsch. Ist das Volk demokratisch gesinnt, so wird es sich demokratisch abbilden und kann freilich nicht autokratisch regiert werden. Das Deutsche Reich hat ein freies, nur durch angewandte Geometrie verkümmertes Wahlrecht; dennoch bildet das deutsche Volk sich nicht demokratisch ab, weil es nicht demokratisch ist. Es ist eine verkehrte Behauptung, wenn wir auf westliche Angriffe erwidern, unser demokratisch benanntes Wahlrecht beweise, daß wir ein Volksstaat seien. Wir sind kein Volksstaat; und sind es deshalb nicht, weil wir den Unterschied des Kastenstaates und Volksstaates aus Mangel an Vergleichserfahrung und Nachdenken nicht begriffen haben. Das Wahlrecht aber tut nichts zur Sache.

Eigentliche Demokratien hat es außer in revolutionären Zeitläuften nirgends gegeben; überall herrschten Personen. Unterschiedlich ist es nur, ob sie aus angestammter Macht oder aus eigener Kraft Verantwortung tragen. Will man von Abstufungen uneigentlicher Demokratie reden, so wäre nur das Maß in Betracht zu ziehen, wie weit man den verantwortlichen Leitern Vertrauen schenkt oder wie weit man sie durch Körperschaften überwachen und hemmen läßt. In diesem schädlichen Sinne macht freilich die Demokratisierung bei uns Fortschritte: man wünscht, den Obrigkeitsstaat beizubehalten, zugleich aber seinen Vertretern wachsendes Mißtrauen zu bezeugen, und wäre gelegentlich damit einverstanden, durch Gnade zeitweilig an ihre Stelle gesetzt zu werden. Bei solchen Bestrebungen kann es sich ereignen, daß bei Ministerkrisen der angeblich demo=

kratische oder parlamentarische Gedanke sich in lebhaften Bittgängen um erledigte Stellen äußert.

Durch richtige parlamentarische Abbildung wird der Gesinnungsinhalt des Volkes nicht verschoben, wohl aber wird das Gleichgewicht zwischen Willen und Wirkung hergestellt, das eine verantwortliche und stetige Politik ermöglicht. Im Leben unserer Zeit, die an die Frauen nicht bloß häusliche, sondern auch wirtschaftliche und politische Forderungen stellt, wird dies Gleichgewicht die politischen Rechte der selbständigen und unabhängigen Frau einschließen müssen.

3.

Können Minderrechte niemand zugemutet werden, so ist damit schon gesagt, daß Mehrrechte, wie sie etwa die Pluralwahl meint, nicht bestehen können.

Der Begriff der parlamentarischen Abbildung betont stärker die Pflicht zur Wahl als das Recht zur Wahl; und dieser Sinn sollte in das Volksbewußtsein eindringen. Freilich ist jede Pflicht ein höchstes Recht; hier aber ist es entscheidend, daß beim Wahlvorgang das Volk sich im Abbilde neu erzeuge, nicht, daß der individuelle Wähler einem persönlichen Kandidaten seine Gunst oder Ungunst erweise.

Bismarck erzählt, daß es unter Friedrich Wilhelm IV. üblich war, einen jungen Diplomaten dadurch auszuzeichnen, daß man eine Note, die er gemacht hatte, abgehen ließ. Diese Aufmerksamkeit, die den Inhalt des Schriftstückes beiseite läßt und den Gegenstand sachlicher Arbeit zum Objekt der Belobigung macht, vergleicht Bismarck mit dem Spiel der Kotillonorden.

Auch im fernsten darf die Wahlpflicht diesem Bilde nicht vergleichbar sein. Kein Verdienst und keine Tüchtigkeit macht aus einem Bürger zwei Bürger. Es würde niemand einfallen, in einer Bevölkerungsstatistik einen noch so schätzbaren Einwohner zweimal zu zählen; das politische Dasein ist eine große und ernste Realität, nicht ein Gegenstand von Vergünstigungen.

Ganz abzuweisen aber ist die dunkle Vorstellung, es könne, wo nicht den Wähler erfreuen, so doch dem Staate nützen, wenn die Stimme eines bevorzugten Mannes schwerer wiege. Das Parlament ist nicht das Volk; das Parlament ist auch nicht die Regierung. Sicherlich wird ein gutes Parlament eine wohltätige Wirkung auf eine Regierung haben; nicht aber muß ein noch so guter Kreis von Bürgern ein gutes Parlament zustande bringen. Wir werden uns mit der Beschaffenheit der Parlamente befassen und finden, daß ihre Güte nicht von der Güte der Wähler, sondern von der Wahlform abhängt.

Die Stimme des Wählers ist ein Willenselement, und dieses hat keine andere wirksame Eigenschaft, als seine Richtung, und diese ergibt sich nicht aus bürgerlicher Bravheit und Bildung, sondern aus innerster menschlicher Artung.

Will man ein Mehrrecht verteidigen, so habe man den Mut zuzugeben, daß es sich nicht um eine Forderung der Logik und der Gerechtigkeit, sondern um den Wunsch handelt, die bestehende Kräfteverteilung zu erhalten, weil man annehmen darf, daß bürgerlich gebilligte Menschen zufriedener und friedfertiger sind als andere. Die bestehende Kräfteverteilung ist aber nur dann daseins=

berechtigt, wenn sie mit der Kräfteverteilung des Volkes übereinstimmt; ein Dampfkessel wird nicht dadurch betriebssicherer, daß man das Manometer fälscht.

Jedes Pluralrecht ist Demagogie von oben. Aber es ist kurzsichtige Demagogie. Denn abgesehen von einigen ländlichen Grundbesitzern bleibt es sehr fraglich, ob die Masse der bevorrechtigten Bürger auf lange Zeit den Wünschen und Idealen derer gehorchen wird, die ihnen heute die peinliche Vergünstigung zudenken.

Es ist seltsam, daß nirgends der Zynismus erkannt wird, der in jeder bürgerlichen Beeinträchtigung und Begünstigung des Willenrechtes und der Wahlpflicht liegt. Was würde man sagen, wenn sich herausstellt, daß in einer Petitionsbewegung, in einer Vereinsabstimmung oder einem Parlamentsbeschluß irgend jemand es durchgesetzt hat, daß einzelne Stimmen gar nicht, andere doppelt, andere halb gezählt worden sind? Ist denn eine Parlamentswahl etwas anderes als eine Volksabstimmung? Wenn ja, so gestehe man offen, daß man den Kastenstaat will, ziehe die Konsequenzen und lasse andere sie ziehen; wenn nein, so suche man nicht zu beschönigen, daß der Städter verkümmert wird gegenüber dem Bauern, der Arme gegenüber dem Reichen, der Unbeschützte gegenüber dem Günstling, und berufe sich nicht auf Überlieferung und Geschichte, die allemal, wenn man sie weit genug verfolgt, im Anfechtbaren wurzeln.

4.

Es gibt ähnliche und unähnliche Bilder; es gibt aber auch gute und schlechte. Das ähnliche Bild braucht nicht gut zu sein, das schlechte nicht unähnlich.

Sind die Parlamente Abbilder des Volkes, so sind die unseren unähnliche und mangelhafte Abbilder.

Wieviele unserer bedeutenden Männer sitzen in den Parlamenten? Wieviele derer, die in den Parlamenten sitzen, sind, auch nur im mildesten Sinne bedeutend? Jede Versammlung an sich ist unintellektueller als der Durchschnitt ihrer Mitglieder, deshalb sollen die Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung erheblich intellektueller sein als der Durchschnitt des Volkes.

Geht eine eigene, ursprüngliche Bewegung durch eines der Parlamente, so kann man rechnen, daß sie nach wenigen Monaten reuevoll verleugnet wird; Richtkraft und Ideen sind nicht zu erwarten. Die Beschaffenheit der Parlamente hat viele zu der Überzeugung gebracht, daß jede Art von Parlamentarisierung bei uns verfänglich sei; und von der Parlamentarisierung selbst haben sich die eigenartigsten Ansichten herausgebildet. Man ist geneigt, ihr Wesen nicht darin zu sehen, daß die Verantwortung der Parlamente steigt, sondern daß die Regierung immer weiter durch Kontrollen behindert wird; es soll nicht selbst gekocht, sondern nur gemäkelt werden. Dahingestellt bleibt, wieweit der parlamentarische Einfluß sich in Versammlung und Ausschüssen, wieweit er in stillen Amtsstuben der Regierung unter vier Augen sich betätigen soll. Im Fall der politischen Krisis braucht das Parlament die Verantwortung für Personen und Systeme nicht zu übernehmen, wohl aber steht es dem Abgeordneten zu, beschaulich stillzuhalten oder tätig nachzuhelfen, bis der Strahl der Gnade im regelmäßigen Wechsel auch ihn erreicht und mit Amt, Würde und Wohltat segnet.

Würde dieser neue Begriff der Parlamentarisierung bei uns der gültige, so wären alle Fehler der absoluten und der parlamentarischen Form vereinigt; an die Stelle unabhängiger Verantwortung träte unverantwortliche Abhängigkeit.

Parlamentsmüdigkeit ist die sanfteste Ausdrucksform für das Verhältnis des Volkes zu seinen Vertretungen. Änderung dieser Beziehung, Fortschritt zu echter Parlamentarisierung kann nur geschehen, wenn die Qualität der Parlamente gehoben wird. Reform der Parlamente ist nötiger als Reform der Regierungen.

Die Ursachen der Mängel habe ich in den »Kommenden Dingen« beschrieben; hier sind sie nur von der Seite des Wahlvorganges zu betrachten.

Die ältesten Parlamente waren zu nicht viel anderem da, als zur Bewilligung von Umlagen, Steuern, Kriegskosten. Sie genügten, wenn sie geographische Abbilder des Volkes waren; das mochte eine einigermaßen ausreichende Aufteilung der Lasten und Wohltaten sichern. Nun hat die Substitution des Grundes die Parlamente zu Richtkörpern der äußeren Bewegung und des inneren Daseins der Nationen gemacht; sie sind nicht mehr Körperschaften örtlicher Interessen, sondern sie sind oder sollten sein geistige Potenzen. Unser Verhältnis zu Europa, zu See und Übersee, zu Recht und Sitte ist ein anderes, wenn es als Diagonale zwischen Memel und Konstanz, Kattowitz und Emden zustande kommt, als wenn es dem kulturellen Willen der Nation entspringt; im einen Falle ist es ein zufälliges Kompromiß, im anderen Falle eine geistesgesetzliche Richtkraft. In Ländern großer geistiger und zivilisatorischer Gleich-

förmigkeit mag der Bezirksausgleich unbedenklicher sein, ja selbst einige Farbigkeit in das eintönige Bild tragen; die deutsche Zerrissenheit der Interessen und Charaktere, Herkünfte und Gläubigkeiten kann bis zur Wirkungslosigkeit atomisiert werden, wenn der Gesamtwille schlechthin aus Ortswünschen mechanisch summiert wird.

Längst hat man erkannt, daß die grobschlächtige Übung der Ortswahl die Minderheiten entrechtet, und zwar um so rücksichtsloser, je geistiger, mithin je gleichmäßiger im Lande verbreitet sie sind. Die Ortswahl ist wie geschaffen für Massen- und Interessenparteien; sie schützt dasjenige, was überall und zu jeder Zeit die knappe Mehrzahl bildet; sie ist das einzige Prinzip, das bei fortschreitender Parlamentarisierung eine gewisse Befürchtung vor ungeistiger Demokratisierung rechtfertigen könnte.

Was uns hier jedoch berührt, ist das Schlimmere: die Entgeistigung der Parlamente durch Qualitätsminderung ihrer Glieder. Die herrschende Form der Bezirkswahl liefert unsere Parlamente dem Verbandsbeamten, dem berufsmäßigen Wahlredner aus und vor allem der Ortsgröße. Die Neigung und der Beruf, eine politisch ungeschulte ländliche Wahlversammlung mit handgreiflichen Darlegungen, Versprechungen und Konkurrenzangriffen zu sättigen und geneigt zu machen, fördern nicht die politische Erziehung des Volkes; noch weniger bieten sie Gewähr für staatsmännische Befähigung und Geschäftskunst, eher für das Gegenteil. Der Hang zur Trivialität, zur Breite, zum billigen Pathos und zur Redensart, der das Glück des populären Redners

macht und in zahlreichen Parlamentsreden widertönt, steht im Gegensatz zur produktiven Kraft, um nicht zu sagen: er schließt sie aus. Stein und Bismarck hätten sich dieser Wahlprozedur nicht unterworfen.

Doch dem Wähler genügt der namenlose Vorgang nicht, er will den angesessenen Bürger, den wohlbekannten Stammpolitiker vor sich sehen; er bevorzugt die Ortsgröße. So zieht denn diese, beladen mit Wünschen und Versprechungen ins Parlament ein, ergreift die passende Gelegenheit zur Erörterung heimischer Fragen, mögen sie die Sekundärbahn oder den Schutz der Hammelzucht betreffen, und berichtet freudig das Ergebnis an die Freunde.

Es ist wohlbekannt, daß dieses engere Verhältnis des Erwählten zu den Wählern als Gemütswert und als Hort der Tradition gepriesen wird, daß in Ländern teilweise eingeführter Verhältniswahl vielfach Abgeordnete aus dem abstrakteren Bereich der unerbittlichen Listen in den behaglichen Schoß des befreundeten Wahlbezirks zurückgekehrt sind.

Begehren wir jedoch Parlamente, denen man gesteigerten Einfluß anvertrauen kann, die den großen Fragen des inneren und äußeren Schicksalskreises gewachsen sind, so brauchen wir politische Führer. Mögen örtliche Wünsche auf dem Wege über die Partei oder durch Petitionen erledigt werden: so bedürfen wir nicht mehr der Ortsgrößen und Wahlpfründner, und an ihre Stelle können die stärkeren Kräfte des Landes treten, die sich heute aus Abneigung gegen den Wahlvorgang und die Unfruchtbarkeit der ihm entstammenden Körperschaften entziehen. Der Fehlerkreis: unzulängliche, daher un=

verantwortliche, daher unzulängliche Parlamente ist durchschnitten.

Deshalb bedürfen wir nicht allein der unverkünstelten und unvergünstelten Wahl, sondern, zum mindesten teilweise, der Verhältniswahl.

5.

Man mag über Oberhäuser denken, wie man will; schwerlich wird behauptet werden, daß ihre Tätigkeit schöpferisch sein soll. Sie bilden ein Gegengewicht, und das mag gut sein, doch ist es eine abwägende, mäßigende, verzögernde Aufgabe. Bei andauerndem Widerstreit beider Häuser wird schwerlich die höhere Kammer die stärkere bleiben; ihre beste Kraft kann sie bewähren, wenn sie offenbare Schädigungen des Gemeinwohls, der Staatspolitik hindert und zeitentsprungene oder leidenschaftliche Fehler so lange aufhält, bis die Volksvertretung wieder zu sich selbst gekommen ist; wenn sie in Gemeinschaftsarbeit mit der Regierung ausgleicht, abwägt, berichtigt.

Solche Tätigkeit darf noch weniger als die des Volkshauses auf kahlen Interessenkampf gegründet sein; hier darf nicht einmal die Partei vorwalten; hier bedarf es der Einheit und vor allem der Weisheit.

Diese Forderung ist nicht undemokratisch. Es mag demokratischer sein, ein Oberhaus überhaupt nicht zu wünschen; es ist demokratisch berechtigt, zu verlangen, daß es nicht die Oberhand gewinne; will man aber das Herrenhaus aus den erwähnten oder anderen Gründen, so lasse man es wirklich ein Herrenhaus sein und nicht eine Gegenkammer.

Dann ergibt sich aber sofort die Irrigkeit aller der Forderungen, die sich nicht genug tun können, das Oberhaus zu einer ständischen Vertretung zu machen. Dieses Parlament soll nicht sachverständig sein, sondern weise; es soll nicht aus Fachmännern bestehen – wir gehen nachgerade am Fachmann zugrunde –, sondern aus Menschen, und zwar bedeutenden; es soll den Blick aufs Ganze richten, nicht das Geschrei der Interessen und Interessenten wiederholen.

Es hat etwas Rührendes, mit welcher selbstverständlichen Einhelligkeit der ungeprüfte Irrtum des interessierten Oberhauses, der souveränen Gewerbekammer, bekräftigt wird. Ein Zeichen dafür, wie tief die stillschweigende und vernichtende Voraussetzung in das Unterbewußtsein der Zeit gedrungen ist, daß alles politische Handeln in der Bewältigung von Tages- und Fachfragen besteht. Wenn der Allgemeine deutsche Nationalverband zur Wahrung der gesamten Interessen der vereinigten Akrobatik oder der Vaterländische Bund für Spezialitätentheaterkultur eine angemessene Vertretung im Herrenhause beansprucht, so zieht er berechtigte Folgerungen der herrschenden Auffassung.

In ein Oberhaus gehören nicht Menschen, die etwas vertreten, weder Meinungen, noch Interessen, noch Berufe, noch Herkommen, sondern Menschen, die etwas sind, etwas können und etwas geschaffen haben. Nicht Exponenten, Durchschnitte, Vereinsangestellte und andere Beauftragte, sondern Persönlichkeiten. Am wenigsten solche, die von ihresgleichen präsentiert werden. Denn jede geschlossene Körperschaft entsendet, wenn es schon einmal sein muß, denjenigen, der es am wenigsten mit

allen verdirbt, der am besten dem Mittelmaß ähnelt, sofern er einigermaßen mit Rhetorik geölt ist; der Überragende ist in der Regel den älteren unter seinesgleichen verdächtig, den Gleichaltrigen verhaßt.

In ein Oberhaus gehören die besseren der gewesenen Staatsminister, Diplomaten und Verwaltungsbeamten; bedeutende Militärs; hohe Kultusbeamte; die Oberbürgermeister der größten Städte; erfolgreiche und altansässige Landwirte; Arbeiter, Gewerbetreibende und Handwerker, die etwas geleistet oder organisiert haben; Frauen, die sich in öffentlicher Fürsorge bewähren; selbstgeschaffene und anerkannte industrielle und großhändlerische Führer; hervorragende Staatsrechtslehrer, Forscher, Künstler, Schriftsteller und Journalisten.

Ein Teil dieser sollte kraft seines Amtes Mitglied sein, ein Teil von der Krone ernannt, ein Teil vom Unterhaus – jedoch nicht aus seiner Mitte – erwählt, ein Teil kooptiert. Ob damit alle Berufsstände vertreten sind, ist gleichgültig. Ob alle Mitglieder einer oder mehreren oder allen Parteien angehören, ist gleichgültig. Ob sie sich zu Fraktionen zusammenschließen, ist gleichgültig; so gleichgültig wie beim Generalstab oder Reichsgericht. Wichtig ist, daß eine Kammer, der eine hohe Aufsicht über Verwaltung und Gesetzgebung zugesprochen ist, vornehm, bedeutend, gerecht und menschlich sei.

# Kriegsgewinner

Mit Freuden hat der Krieg begonnen, mit Tränen geht er dereinst zu Ende. Wir glauben an einen ehrenvollen Abschluß, doch wer heilt die zerschlagenen Völker der Erde? Kein Kriegspreis, wie er auch sei, kann die Opfer auch nur eines Monats ersetzen; den bitteren Lohn der Prüfung werden die Nationen nur in sich selber finden, sofern sie den Sinn der Lehre begreifen, das Unrecht abtun, um dessen willen sie geschah, die Wege schreiten, die sie offenbart.

Niemand erweckt die Toten, heilt die Verstümmelten, verjüngt die Ergrauten, sänftigt die Fluren, entfacht die Zeugungskraft der Stämme. Gealterte kehren heim in zerrüttete Länder. Manche finden ihren Beruf nicht wieder, manche kein Obdach. Manchen ist Lehre und Studium abgeschnitten, manchen der Hausstand verloren, manchen Erwerb und Geschäft erstorben. Allen ist die Nahrung gekürzt, allen das Geld entwertet, der Unterhalt verteuert, die Steuerlast aufgehalst. Der Begriff des Vermögens ist halb verflüchtigt, ein mittlerer Besitz, der sorglos machte, bedeutet nichts mehr, Intelligenzen sind proletarisiert, nur das Arbeitseinkommen gilt. Der Geist des Landes ist einseitig ge-

worden und verflacht, die Arbeitskraft gemindert, der sittliche Stand gesunken. Neue Vergehen sind entstanden, alte zum Gemeinübel geworden, die Scheu vor der Übertretung ist gebrochen, das Gesetz schlecht und das Recht kraftlos. Die Menschen, denen das Opfern und Entbehren zu schwer war, sind böse, gewinnsüchtig, neidisch und hart geworden.

Diese Welt lebt nicht in einzelnen Städten und Landstrichen, sie lebt überall und ist verstrickt in die sterbende Welt der menschlichen Güte und opfernden Schmerzen, der Hilfsbereitschaft und Tapferkeit. In dieser harten Welt beginnt das Leben nach dem Kriege, und es wird ein zehnmal härteres Werk sein, als den Krieg zu führen, diese Welt wiederum mit Ordnung, Sinn, Geist, Gerechtigkeit und Milde zu durchdringen. Wehe denen, die in geschäftigem Eifer, um der Menge und dem Erwerbsinn zu schmeicheln und billigen Beifall zu erbetteln, die Not hinweglügen und die Rückkehr zu gewohntem Schlendern versprechen. Sind wir ein Volk von Männern, so haben wir der Not ins Auge zu blicken, und ziehen aus der Wahrheit, nicht aus der Lüge die Kraft und Zuversicht, die von uns verlangt wird und den edlen Namen verdient. Zuversicht aus Irrtum gesogen ist Illusion und nicht viel besser als Feigheit; sie hat keinen Bestand und muß täglich mit größeren Lügen genährt werden, bis sie am Anblick der Wahrheit verendet. Willensstärke, Zuversicht und Glaube aus Erkenntnis der Not und dem Willen zum Guten geboren ist Manneswert und unbesiegbar.

Wir werden ein neues Leben beginnen, ja, wir haben es begonnen. Dieses Leben wird schwerer und härter

sein als das alte, und um so schöner. Es wird ein Kampf sein nicht nur um Güter und gegen veraltete Mächte, sondern gegen uns selbst; in diesem Kampf erst wird der Siegespreis uns endgültig errungen. Dieses Leben aber darf nicht beginnen im Anblick des Hohnes.

Ich rede nicht das Wort dem Neide und der Mißgunst, die freilich genugsam verbreitet sind und zu unseren schwersten Fehlern gehören. Ein Mann muß stark genug sein, die Ungleichart des Leibes und Geistes, Gutes und Schicksals zu ertragen und sich aus der Eigenart seiner Unvollkommenheit die Vollkommenheit seiner Eigenart zu schmieden. Man glaube nicht, daß das Vordringen zur Sozialisierung die Ungleichheit der Menschen aufhebe; je gleichartiger man die Bedingungen gestaltet, desto gegensätzlicher und fruchtbarer werden die inneren Urverschiedenheiten sich auswirken und zur Vielstimmigkeit der Harmonie beitragen. Nicht Gleichheit ist die Forderung, sondern Gerechtigkeit.

Wer der Gemeinschaft die Gesundheit und Sicherheit seines Lebens, seine besten Jahre und sein Vermögen dargebracht hat, der hat seine Pflicht getan und trägt seinen Lohn in sich. Aber es darf ihm nicht zugemutet werden, anzusehen, wie der Staat, der sein Gut nahm, es anderen gibt, die nicht das gleiche Opfer brachten, oder gewähren läßt, wenn andere es sich nehmen.

Auch wenn der Anblick des normalen Kriegsgewinners nicht ein so unerhörter wäre, wie er es ist, so müßte er dem kriegsopfernden Soldaten und Bürger erspart werden. Gewiß sind unter diesen Menschen viele, die durch organisatorische und technische Taten sich einen beliebigen Teil des Volksvermögens (auf Grund der

herrschenden Wirtschaftsordnung mit Recht) zugesprochen haben, und gerade diese sind es vermutlich nicht, die einen wandelnden Vorwurf gegen die Gerechtigkeit des Staates bilden. Gewiß liegt auch manchmal etwas Naturwüchsiges in der naiven Besitzesfreude dieser Glückskinder, die der tieferen Erkenntnis die Komik unserer zivilisatorischen Errungenschaften und die Tragik der Entstellung und Verbildung enterbter Stände erweist. Doch es geht nicht an, daß der Heimkehrende diese, früher geringer als seinesgleichen, sozial weit über ihren und seinen Stand hinausgestiegen erblickt, die Raserei ihrer Orgien ansieht, von ihnen Arbeit oder Unterstützung empfängt. Es geht nicht an, daß er den Staat, die Gemeinschaft, denen er das Seine darbrachte, der Mitschuld an dieser sozialen Entstellung zeiht.

Noch weniger geht es an, daß unsere ohnehin mangelhafte soziale Struktur durchbrochen und in einem der natürlichen Entwicklung entgegengesetzten Sinne gestülpt wird.

Alle soziale Tendenz zielt auf Ausgleich der Lebensbedingungen, der Krieg hat diese Bewegung gewaltig beschleunigt. Was bedeutet die tiefe innere Verschuldung der Staaten? Vermögensumschichtung. Was bedeutet die Umschichtung? Nivellierung. Abtragung der Höhen. Zuerst werden die Gipfel der großen Vermögen abgetragen, dann die mittleren Gebirgsmassen, zuletzt die Vorgebirge und Hügel. Erreicht die Schuld ein Mehrfaches des Volksvermögens, so muß die Gesetzgebung, mag sie wollen oder nicht, nach dem Gesetz der stärkeren Schultern die Vermögen bis zur Einebnung nivellieren.

Gleichzeitig vollzieht sich ein zweites: die Absenkung des Geldwertes. Eine Gesetzgebung, die mit Recht den Weg des Staatsbankrotts und der Valutenkonvertierung ablehnt, kann dieser Erscheinung nicht steuern; sie führt dazu, daß nur das Arbeitseinkommen kaufkräftig bleibt – weil es sich sein Existenzgleichgewicht erzwingt –, und daneben der Besitz der Urprodukte, sofern dieser wissentlich oder aus Unkenntnis geschont wird.

Die beiden Entwicklungsreihen zielen auf das gleiche: auf die Verflüchtigung des Vermögensbegriffes, und arbeiten so der radikalen Sozialisierung vor. Der Weltkrieg ist auch in diesem Sinne der sozialen Weltrevolution gleichzusetzen.

Mag man sich zu diesem gesellschaftlichen Abrollen stellen, wie man will; eine seiner Gefahren liegt in der Beschleunigung. Leider sind Bildung und Intelligenz, Führung und Verantwortung noch im Besitz nur weniger, und diese wenigen, der geistige Mittelstand, werden am schwersten getroffen, weil die Grenzscheide, die sie vom Proletariat trennt, in Deutschland besonders schmal ist. Wir stehen vor der Gefahr, die Intelligenz im Proletariat und Nihilismus untertauchen zu sehen.

Diesen Tendenzen und Gefahren gegenüber – Verflüchtigung der Vermögen, Proletarisierung der Intelligenz – kann eine in ihrer Richtung unnatürliche Bewegung, die neue und gefährlichere Ungleichheiten schafft, nicht ernst genug genommen werden. Die alte Plutokratie, der alte Feudalismus waren nicht ideale, doch einigermaßen herrschgewohnte, zum Teil ernst verantwortliche Mächte. Fügt ihnen die neue insolente, verantwortungslose Kaste der Bereicherten sich an mit

hemmungslosen Gelüsten der Genußsucht und Schaustellung, so kommt über uns eine Machtverschiebung nach Art des bürgerköniglichen Frankreichs zugleich mit der unbarmherzigsten Selbstverspottung und Selbstvernichtung eines Gesellschaftslebens, in dem der Zugriff des Raffers Geist und Überlieferung mattsetzt und alles ermöglicht. Deutschland ist kein revolutionäres Land, Erschütterungen sind auch aus schwerer Belastung nicht zu befürchten; zu befürchten ist aber das, was wir beim Aufbau neuen Lebens aufs entschiedenste vermeiden müssen: plutokratische Reaktion, Verbitterung, Klassenhaß und innere Vergiftung.

Abhilfe gibt es selbstverständlich nur durch Steuergesetzgebung. Wir haben eine Kriegsgewinnsteuer, sogar mehrere; sie sind ertragreich, aber sozial wirkungslos, denn sie erfassen nicht den Kriegsgewinner gesondert, vielmehr nur insofern, als er zu denen gehört, die in den letzten vier Jahren etwas verdient oder erspart haben. Alle diese sind gewissermaßen mit dem Kriegsgewinner auf eine Stufe gestellt, und da man ihnen nicht allzu viel nehmen wollte, so ist er am besten weggekommen.

Die Schuld liegt nicht an der gegenwärtigen besonnenen und gerechten Finanzverwaltung, sondern an der Oberflächlichkeit und dem beabsichtigten Optimismus, mit dem man zu Anfang das Problem verkannte.

Noch heute glaubt man, es gebe kein steuertechnisches Merkmal des eigentlichen Kriegsgewinnes und des Kriegsgewinners. Es gibt eines und ein sehr einfaches, das für die Verwirklichung des sozialen Zweckes vollkommen ausreicht.

Wer in den letzten vier Jahren sein Vermögen be-

wahrt hat, mag Glück gehabt haben; im sozialen Sinne ist er kein Kriegsgewinner. Wer es um den Betrag eines mäßigen Zinszuwachses oder Arbeitsverdienstes vergrößert hat, mag unter Umständen ein Kriegsgewinner sein, der viel ausgab und dem wenig blieb; im sozialen Sinne ist er gleichgültig, er ist, was er war, und für ihn genügen die vorhandenen Steuern.

Anders, wenn jemand sein Vermögen im Kriege verdoppelt hat, vorausgesetzt, daß es sich um bedeutendere Beträge, sagen wir über 100 000 Mark handelt. Er kann leicht eine Zusatzsteuer ertragen, wenn sie ihm noch einen Teil seines Gewinnes übrig läßt.

Nun kommen aber diejenigen, die ihr Vermögen im Kriege verdreifacht, verzehnfacht, verhundertfacht, vertausendfacht haben, – immer vorausgesetzt, daß es sich um absolute Beträge entsprechender Größe handelt. Ich sage mit Bewußtsein vertausendfacht und bleibe damit hinter Fällen der Wirklichkeit zurück; denn die Zahl der Vermögen zwischen zehn und hundert Millionen ist nicht gering, die gleichsam aus dem Nichts geschaffen wurden. Wer mit nichts angefangen und dreißig Millionen gewonnen hat, dem bleiben nach heutiger Gepflogenheit neben dem, was er versteckt oder vertut, zwölf; es wäre mehr als ausreichend, wenn ihm zwei blieben.

Kriegsgewinner im sozialen Sinne ist, wer während der Kriegszeit sein Vermögen um mehr als sagen wir ein Drittel vermehrt hat, sofern dieses Drittel einen Betrag von sagen wir 100 000 Mark übersteigt. Will man milder sein, so können Rücksichten genommen werden, sofern jemand nachweist, daß seine Einnahme-

quellen die gleichen waren wie vor dem Kriege, daß sie sich nicht oder nicht im Zusammenhang mit Kriegsgeschäften gesteigert haben. (Das bezieht sich etwa auf höhere Angestellte, die kurz vor dem Kriege in gut bezahlte Stellungen aufgerückt sind und bei mäßigem Vermögen begonnen haben, Ersparnisse zu machen.)

Die Gesetzgebung ist einfach. Der Kriegsgewinner zahlt zunächst die allgemeinen Kriegssteuern. Sodann eine Sondersteuer, die in zweifacher Progression gestaffelt ist: einmal nach dem prozentualen Verhältnis der Vermögenszunahme, sodann nach ihrem absoluten Betrage. Die Steuer könnte beginnen bei einer Vermögenszunahme von 30 Prozent, aufsteigend bis zu 1000 Prozent, und bei einem Betrage von 100 000 Mark aufsteigend bis zu zehn Millionen. Im Höchstfalle müßte die Sondersteuer zuzüglich der allgemeinen Steuer eine Abgabe von 90 Prozent ausmachen. Wenn also jemand bei einem Anfangsvermögen von 100 000 Mark 20 Millionen erworben hat, so würden ihm 2 Millionen bleiben.

Die Gefahr der Verschiebung und Hinterziehung ist leicht zu beheben. Ich sehe davon ab, die einfachen Maßregeln, die erforderlich sind, hier zu erläutern.

Der Fall ist selten, daß ein einzelnes Gelegenheitsgesetz Grundsätzliches entscheidet. Hier ist er gegeben. Die Frage, ob der Kriegsgewinn getroffen werden soll, bedeutet nicht ein paar Milliarden mehr oder weniger für das Reich, nicht eine bloße Entlastung der schwächeren Schultern, sie ist eine Frage des sozialen Aufbaues und des inneren Friedens.

# Stimmung

Wir haben die Meinung des Volkes verweichlicht. Wie das gekommen ist, ist schwer zu sagen. Vielleicht weil zu Anfang die Führenden über Schwere und Dauer des Krieges sich so sehr getäuscht haben und den Übergang zur Wirklichkeit nicht fanden. Heute ist es wirklich so, daß manche dieses Volk, das als Heer und Heimat jede Probe der Unerschütterlichkeit, der tätigen und leidenden Tapferkeit bestanden hat, vor dem Luftzug der freien Aussprache zu behüten wünschen, als sei es revolutionär, kleinmütig, schwach oder hysterisch. Gewiß muß einem kämpfenden und duldenden Volk die Stimmung erhalten werden, aber diese Stimmung ist nur echt als Bewußtsein von Recht und Kraft – daran wird es nie fehlen –, sie ist unecht und gefährlich als irrige Einschätzung, die auf Einseitigkeit der Darstellung und falscher Schonung beruht.

Daß man einen Krieg, der Jahre oder Jahrzehnte dauert, nicht führen kann auf Grund irriger Einschätzung, haben selbst die erregbarsten unter unseren Gegnern erkannt; von Anfang an haben selbst die Franzosen und Italiener eine gewisse Objektivität der Heeresberichte angestrebt, die zwar die unsere nicht immer erreichte, immerhin

aber ungünstige Nachrichten nicht verschwieg oder übermäßig beschönigte, und somit an Wahrheitswert die Berichte vergangener Kriege erheblich übertraf. Freilich, im Verlauf von vier gänzlich erfolglosen, tief enttäuschenden Kriegsjahren begann die Nervosität, man erfand den Defaitismus und bekämpfte ihn tyrannisch; auf diesem Irrtum beruht unsere offizielle Hoffnung auf gelegentliche Revolution in diesen Ländern. England ist diesen Weg nicht geschritten, in keinem Lande konnte man so freie und entgegengesetzte Urteile lesen, und wenn eine Enttäuschung zu groß wurde, wie Gallipoli und Bagdad, so hat man ihre Gründe öffentlich untersucht.

Bei uns hat man keine Enttäuschung erlitten, mit Ausnahme der Kriegsdauer, und hier nur auf Grund falscher Illusionen; unser Volk hat keine Nerven, und die Front weiß, woran sie ist, wenn sie dauernd vorgeht und den Feind weichen sieht. Wir sind das Volk der freien Forschung und der wissenschaftlichen Objektivität; kleinmütig sind wir auch nicht, das hat sich erwiesen – warum also die beständige Angst und Sorge um die Stimmung? Verstimmt kann unser Volk nur werden, wenn es im Irrtum belassen und dann enttäuscht wird, die Wahrheit hält es aus. Niemand will es in Irrtum führen; damit er sich nicht festsetze, ist freie Erörterung nötig, sie darf vor keiner Verweichlichung haltmachen.

Wie konnte die binsenwahre Bemerkung – mochte sie angebracht sein oder nicht –, ein Krieg mit See- und Überseemächten sei mit Militärmacht (also zu Lande) nicht zu beenden, in einer gebildeten Versammlung ein wahres

Entsetzen erregen? Offenbar nur, weil die öffentliche Meinung verweichlicht ist.

Von Anfang an hat man Stimmung und Meinung verwechselt. Man hat geglaubt, eine objektive Aussage oder Voraussage, wahr oder falsch, könne Stimmung machen oder Stimmung verderben. Illusionen können durch Aussagen bekräftigt oder zerstört werden, nicht Stimmung. Die kommt, wenn sie echt ist – und nur dann hat sie Wert –, aus dem Herzen, aus der Gewißheit einer gerechten Sache und der Macht, sie zu vertreten. Man tut dem Gewissen unseres Volkes Unrecht, wenn man glaubt, es sei von seinem Recht der Selbstverteidigung nicht genügend überzeugt.

Wenn jemand sagte: der Krieg dauert viele Jahre, die Engländer treten ihm bei, sie bringen ein Heer auf, die Franzosen halten stand, die Italiener und Rumänen fallen ab, der Unterseekrieg schafft es nicht in drei Monaten oder einem Jahr – wer solche Dinge aussprach in tiefer Überzeugung und Bekräftigung der Tatsache, daß wir allen Schwierigkeiten gewachsen sind, den nannte man einen üblen Schwarzseher und verhöhnte ihn mit den widerlichen Börsenworten flau und mies.

Hätte es nicht eine kleine Zahl von Menschen gegeben, eine sehr kleine, die trotz Spott und Hohn, entgegen der Meinung aller sich nicht irre machen ließ und die nötigen Organisationen zum wirklichen Durchhalten rechtzeitig schuf, so wären wir zu Opfern der Verwechslung zwischen Stimmung und Meinung geworden.

Was hat nun gar die Entstehung des Krieges mit der Stimmung zu tun? Wenn einer den Krieg als die organische Folge der überspannten Kräfte: Nationalis-

mus und Imperialismus ansieht, wenn er ihn als den Verbrennungsvorgang des sozialen Gebäudes, als die wahrhafte soziale Revolution anspricht – wird er sich darum schlechter schlagen oder sittlich zusammenbrechen? Ist es nötig, zu behaupten, daß England oder seine Weltanschauung hinter dem Morde von Serajewo, hinter dem Ultimatum an Serbien oder der russischen Mobilmachung steckt, um uns gegen England zu festigen? England ist unser Gegner, daher bekämpfen wir ihn, und unsere Stimmung ist, daß wir unsere Sache gut machen und einen guten Frieden haben wollen. Mehr brauchen wir zu unserer Stimmung nicht, und das wird auch dem Schlesier und Oberbayern genügen.

Eine andere Frage freilich ist, ob wir mit der Politik unserer letzten dreißig Jahre, ob wir mit unserer politischen Form überhaupt einverstanden sind: aber das hat mit der Stimmung und Kriegführung nicht das mindeste zu tun. Zu politischen Zugeständnissen wollen wir auf dem Wege über die Stimmung nicht erzogen werden.

Die Verkennung des Begriffs der Stimmung enthält aber eine andere, tief bedenkliche, innerpolitische Gefahr: es handelt sich um die furchtbare Spaltung unseres Landes in Ansehung der Kriegsziele. Nie hat seit den Religionskämpfen ein solcher Zwiespalt die Deutschen zerrissen, alle Parteiungen treten dagegen zurück, alle Klassenkämpfe sind milder gewesen: denn auf dem Spiel steht die Frage, was der eine von der Vaterlandsliebe des andern hält. Überdauert diese Spaltung den Krieg, und das ist zweifellos, denn kein Friedensschluß kann derart sein, daß sich beide Teile über ihn einigen, so wird das innere Leben zur Unerträglichkeit vergiftet.

Kann keine Einigung gefunden, so muß so früh wie möglich ein Sichverstehen gesucht werden, und dies tritt ein, wenn beide Teile erkennen, daß es sich um eine Frage des Urteils, nicht der Gesinnung handelt. Daß diese Verkennung so lange bestehen konnte, liegt an der herrschenden Auffassung vom Wesen und der Behandlung der Stimmung; deshalb muß die Klärung so rasch wie möglich geschehen.

Ein Politiker von eigenem Urteil, der zu lesen und zu hören versteht, der sein Material an verschiedenen Stellen sammelt und selbständig verarbeitet, kann sich keine genaue Vorstellung davon machen, wie es im Kopf eines Mannes aussieht, der aus einer und stets der gleichen Zeitung einer bestimmten Parteirichtung Stoff und Vorstellung zieht. Selbst derjenige, der berufen ist, eine Zeitung zu schreiben, der mit sicherem Gefühl und erlernter Praxis dieses unterstreicht, jenes abschwächt, kann sich von der Wirkung keine volle Rechenschaft geben.

Wenn nun ein Land wie das unsere in der glücklichen Lage ist, daß jede Unternehmung gelingt, daß jeder Erfolg die Erwartung übertrifft, daß anderseits jede größere Unternehmung des Gegners mißglückt, und jede seiner Voraussagen sich als falsch erweist; wenn das Vertrauen zur Heeresleitung so berechtigt und ungemessen ist wie bei uns, wenn die Front die Wahrnehmung und die Gewißheit ihrer Siegeskraft in sich trägt; wenn jede Zeitung jeder Parteirichtung an jedem Tage mit Fug und Recht auf die Bedeutung der Siege und Erfolge hinweist; wenn alle diese glückverheißenden Vorbedingungen zusammentreffen, so ist nichts menschlicher, nichts verständlicher, als daß ein durchschnittlicher

Beurteiler sich tief bekümmert, ja entrüstet fühlt, wenn es Menschen gibt, die von einer langen Dauer des Kriegszustandes reden, wenn er von einem Verständigungsfrieden hört, wenn man ihm die Früchte dieses Ringens, von denen das Land, von denen seine eigene Zukunft gespeist und geheilt werden soll, zu mißgönnen scheint.

In seinen Augen muß es niedriger Kleinmut, Feigheit, ja Vaterlandsverrat sein, wenn man die Forderungen nicht hoch genug spannt, wenn man dem Vernichtungswillen der Feinde nicht, und zwar sofort, einen Frieden diktiert, wie man glaubt, daß sie ihn uns auferlegen würden. Das ist für ihn nicht mehr eine Sache des Urteils, sondern schlechterdings der Gesinnung.

Wer sich in diesem Gedankenkreise bewegt, für den ist die alldeutsche Meinung nicht nur logisch und praktisch unwiderlegbar, sondern eine einfache sittliche Pflicht. Da scheinen es schwache Argumente, wenn man von Mäßigung und Schonung spricht: – würden die anderen sich mäßigen und schonen? –, von Abrüstung und Schiedsgerichten: – ein Traum, und nicht einmal ein schöner –; von Völkergerechtigkeit: – sie hat nie bestanden –; von Rachekriegen: – sie sind nicht zu vermeiden und nur durch Sicherungen zu dämpfen. Jeder Wunsch, den wir haben, kann als eine Lebensbedingung, als Sicherung, zum mindesten als Machtzuwachs aufgefaßt werden. Der Krieg gilt nun einmal als ein Gottesurteil, er bestätigt die Macht als höchstes Gesetz, und Macht geht vor Recht.

So erscheint diese Auffassung organisch und schlechthin als Sache echter vaterländischer Gesinnung – und ist dennoch nur eine Frage des Urteils. Das Mißverständnis der Einseitigkeit und Ausschließlichkeit, der Un-

duldsamkeit gegen Andersdenkende, denn nur um diese Bitterkeit handelt es sich; warum sollten nicht entgegengesetzte Urteile in Frieden nebeneinander stehen? –, dies Mißverständnis ist eine Folge der Stimmungsbehandlung. Sie allein hindert uns am ruhigen Auswerten.

Was heißt das: einen Frieden diktieren? Die Beispiele von Brest und Bukarest kommen nicht in Betracht. Es sind Teilfriedensschlüsse, die der unterzeichnende Gegner als provisorisch ansieht, obwohl er sich darin täuschen mag; die Russen hoffen naiv auf eine Revolution hierzulande, die Rumänen erwarten Revision durch einen Friedenskongreß. Endgültig ist der dereinstige Friede mit England und Amerika, und um zu beurteilen, wie ein endgültig diktierter Friede zustande kommt, müssen wir uns an das Frankreich von 1871 erinnern. Ein kurzer, überraschender, vernichtender Feldzug, Revolution und Regierungswechsel im Lande, endgültiges Bewußtsein der völligen Wehrlosigkeit, alle Mächte vergeblich um Hilfe angerufen, doch das genügte nicht. Wehrmacht, Intelligenz und Regierung in der Hauptstadt eingeschlossen, das Land von feindlichen Armeen durchzogen, die Hauptstadt belagert –, auch das genügte nicht. Paris bombardiert, ein Vierteljahr lang ausgehungert – auch das hätte vielleicht nicht genügt, wenn nicht die Kommune ihr Haupt erhob. So sah der letzte diktierte Friede aus, und damit ist nicht gesagt, daß es der letzte war. Doch seinen Preis muß man kennen.

Was wir zu Unrecht, aus falscher Stimmungssorge dem Volke vorenthalten, ist, daß der strategische Sieg nicht immer mit dem politischen Siege zusammenfällt. Das ist freilich etwas, das der Mann aus dem Volke

schwer versteht, denn er fragt sich mit Recht, warum denn der stets geschlagene Racker von Feind sich nicht endlich besiegt gibt; doch er muß es begreifen, damit ihm die Enttäuschung aus Illusionen der Dauer erspart bleibt, damit er die ganze Schwere und Größe der Aufgabe erkennt, damit er sich auch in diesem Sinne als mitwirkend fühlt. Er muß wissen, daß die große Reihe der Siege erst dann zum vollen politischen Siege führt, wenn der Gegner sich als besiegt bekennt, sich zu bekennen gezwungen ist, weil ihm keine Hoffnung, kein Ausweg, kein Rückzug, kein Verteidigungsmittel bleibt. Er muß den Gegner nicht als gänzlich verzagt und ehrlos schätzen, nicht glauben, daß er plötzlich haltmacht, eine Rechnung aufstellt, findet, daß es sich nicht rentiert, und sich deshalb mit seinen Kindern dem Machtspruch des Siegers unterwirft. Hat ein Mann diese einfachen und klaren Dinge durchschaut, so wird seine Stimmung nicht erlahmen, sondern wachsen, und es wird die ernsteste, unerschütterliche Stimmung der Entschlossenheit sein, die sich nicht jedes Vierteljahrsende als Termin setzt, nicht dauernde Stützung verlangt, nicht bange fragt, sondern das Große und Ganze will. Er wird, wie der Mann an der Front wissen, daß es nur einen Weg gibt: nämlich immer wieder siegen und den Augenblick erwarten, wo die höhere Einsicht des Feldherrn und des Staatsmannes erklärt, daß es genug ist.

Zwischen den streitenden deutschen Parteien gibt es dann wenigstens ein menschliches Verstehen. Man erkennt, daß unbeschadet aller Stimmungsfragen ein Recht, ja eine Pflicht besteht, die Lage auszuwerten. Es gibt gleichsam hundertprozentige, hundertfünfzig-

und zweihundertprozentige politische Siege; der von 1871 war ein solcher Sieg des Überschusses. Auch wenn man kein Anhänger der reinen Machtpolitik ist, kann man sich verschiedene Ansprüche denken, wenn man Paris und die Nordseehäfen besitzt, oder wenn man an den Pyrenäen steht, oder wenn man Ägypten, London oder gar Newyork hat. Das sind nicht strategische und Stimmungsfragen, sondern Fragen der politischen Auswertung. Man begreift, daß man sie verschieden beurteilen kann, man begreift auch, daß diese Verschiedenheit nicht Sache guter oder schlechter Gesinnung, sondern Sache des Urteils und der politischen Vorstellungskraft ist. Der Unterschied besteht lediglich darin, welche Ziele man für erreichbar, und in welcher Zeit man sie für erreichbar hält.

In dieser Erwägung ist auch das Problem beschlossen, das uns vor kurzem wieder ernst ergriffen hat, das Problem: Feldherr und Staatsmann. Bismarck beklagte das Klaffen der militärischen und politischen Spitze, doch in seinem Falle überwog die geniale Macht des Staatsmannes, wenn auch unter Zugeständnissen. Uns sind die beiden gewaltigsten Feldherrn beschieden, doch untersteht ihnen nicht organisch die politische Macht. Es ist schön, wie beim großen Feldherrn das Menschliche und Sachliche sich durchdringt; er erstrebt und erringt den Sieg und dennoch darf ihm kein Sieg genügen, sofern er nicht den gewollten Frieden erzwingt. Zuweilen möchte man wünschen, die höchste Regierungsgewalt dem einen der Feldherrn übertragen zu sehen; solange sie es nicht ist, bleibt dem Staatsmann die Pflicht, die politische Ergiebigkeit des jeweils möglichen Sieges

nach gewissenhaftem Ermessen auszuwerten und die Ergebnisse in offener Aussprache mit denen der Feldherren abzustimmen. Er hat festzustellen: bei dieser Lage kann ich dies, bei jener jenes erreichen, die aufzuwendende Zeit ist so und so zu bewerten und die Reihenfolge der politischen Notwendigkeiten ist die und die; nun wünsche ich, wenn auch unverbindlich, zu wissen, welche strategische Endlage in Aussicht genommen werden darf, und in welcher ungefähren Zeit.

Alles übrige entscheidet die Auswertung der Lage. Sie bildet den Kernpunkt aller gegenwärtigen Politik, und keine Stimmungssorge darf ihre Bedeutung verdunkeln.

# Sicherungen

Wenn in einem unpolitischen Volke, das von jeher die Bestimmung seines Schicksals teilnahmlos einer kleinen Schicht von Berufsleuten überließ, Angst und Not plötzlich erkennen lehrt, daß das Geschick des Staates nicht eine Fachangelegenheit ist, sondern das Dasein eines jeden einzelnen einschließt, so geschieht folgendes: Es stehen von allen Seiten neue Politiker auf; Gewerbtreibende, Schriftsteller, Gelehrte, die früher ihrem Beruf, der Bildung ihres Geistes oder Vermögens lebten und jeder Beschäftigung mit Staatsgeschäften abhold waren, beginnen emsig Zeitungen und Zeitschriften zu lesen, Lebensläufe und Geschichtsbücher zu studieren und Tagesfragen zu erörtern; sie finden, daß die Historie manches vorgearbeitet hat, daß sich aus geographischen und ethnologischen Begriffen, aus Sprüchen großer Männer mancherlei Grundsätze ableiten lassen, die, auf die Gestaltung des Gegenwärtigen und Künftigen angewandt, eine Art von Politik ergeben. Wie etwa begabte Primaner nach reichlichem Genuß dramatischer Werke einen romantischen Abschnitt ihrer geschichtlichen Lektionen in wechselnder Rede niederschreiben und eine handliche Tragödie vor sich gebracht zu haben glauben.

Die einfachste Form politischer Betätigung ist einmal die entschiedene und zusammenfassende Bekräftigung dessen, was man aus fleißiger Lese der gewohnten heimischen Blätter sich angeeignet hat, sodann, im Anschluß, die Voraussage dessen, was sich in kürzerer oder fernerer Zeit notwendig ereignen soll.

Wenn im Laufe von annähernd fünfzig Kriegsmonaten fünfzig große Illusionen, beginnend: »in drei Monaten ist der Krieg aus«, »die Engländer bringen kein Heer auf«, »die Franzosen halten keinen Winterfeldzug aus« und endend: »im Februar 1918 bricht England nieder«, »im Sommer ist Friede« sich des Landes bemächtigen, so ist das nicht verwunderlich. Anfänglich ist es auch nicht bedenklich, daß nach verstrichenem Termin jede Illusion zugunsten der nächsten schmerzlos verlassen, sodann infolge kurzen Gedächtnisses von den meisten abgeleugnet wird. Bedenklicher ist, daß eine jede dieser Illusionen fast ausnahmslos vom ganzen Volke, von oben bis unten, von Unterrichteten und Mitläufern geteilt wurde, und daß man jeden verfolgte und verschrie, der sie nicht mitmachte. Hier kann Mangel an politischer Voraussicht zur Gefahr werden; denn anzustreben ist nicht jene Stimmung, die sich an irrige Einschätzung klammert, sondern die Zuversicht, die gleichviel in welcher Lage des Augenblicks an die Stärke des Landes und seiner Menschen glaubt; die ihre Opfer aus tiefer Überzeugung spendet, unbeeinflußt von Erfüllungen und Enttäuschungen des Augenblicks; die nicht der täglichen Anfeuerung und Auffrischung bedarf.

Im Anschluß an die politische Beurteilung und Voraussage, ohne Bekümmernis um jede noch so rasch erwiesene

Irrung, wird die politische Forderung erhoben. Da unsere Kriegsführung in den besten Händen liegt, so ist diese politische Forderung nicht eine Forderung des Krieges, sondern des Friedens; da wir nicht einen Angriffkrieg zu führen gesonnen sind, so ist sie nicht eine Forderung von Eroberungen, sondern von Sicherungen.

Hier ist nun, soweit nicht Sonderwünsche sich das Spiel leicht machen, der neuen politischen Übung ein weites Feld bereitet. Und hier wird denn oft genug schädlich verkannt, daß Politik nicht in gelehrter oder literarischer Anwendung von abgezogenen Grundsätzen und Regeln, von überkommenen Begriffen und Verlängerungen, von Redensarten und Schlagworten besteht, sondern daß sie eine Fähigkeit und eine Kunst ist. Die Fähigkeit, Dinge vorauszusehen, die noch nicht sind, und die Kunst, sie zu meistern.

Viele glauben, daß das, was noch nicht ist, sich nicht voraussehen lasse; dennoch handeln sie, und widersprechen so sich selbst. Andere glauben, das Künftige lasse sich errechnen und erklügeln. Beide haben unrecht. Das örtlich und zeitlich Zufällige läßt sich nicht voraussehen, das Organische läßt sich nicht kalkulieren. Wohl aber gibt es eine menschliche Fähigkeit, das äußerlich Werdende innerlich nachzubilden, so daß das Zufällige abfällt und das Wesentliche bleibt, das Unwichtige sich verdunkelt und das Wirkende entscheidet. Diese Fähigkeit liegt auf dem Grunde aller echten politischen Kunst.

Sie ist nicht unfehlbar, und sie wird ganz hinfällig jedesmal dann, wenn willkürliche Wünsche und Absichten sich in das Bild mischen. Sie ist auch nicht beweisbar, sondern bestenfalls einleuchtend. Sie äußert sich in star-

ker innerer Überzeugung und bekräftigt sich nur dadurch, daß der Träger in einer wachsenden Reihe von Fällen recht behält. Dennoch kann stets, und gerade im entscheidenden Falle, die Täuschung eintreten; dies rechtfertigt die Erörterung und den Widerspruch, dies rechtfertigt nicht den zunehmenden Brauch politischer Liebhaberei: daß die Mehrzahl, die von Monat zu Monat ihre Meinung preisgibt, der Minderzahl, deren Voraussagen dauernd stimmen, jede böse Absicht unterschiebt.

Sicherungen. Es ist vorauszuschicken, daß dieser Begriff kein strategischer, sondern ein politischer ist.

Es gibt kein Land der Erde, das sich beliebig lange und beliebig oft gegen eine beliebige Überzahl von Gegnern halten kann. Dabei ist es ganz gleichgültig, welcher Art und Zahl seine militärischen Sicherungen sind. Eine Sicherung kann daher nur wirken unter der Voraussetzung einigermaßen ausgeglichener physischer und politischer Verhältnisse. Da aber die Beschaffung einer Sicherung auf die politischen Verhältnisse rückwirkt, so kann es kommen, daß eine vermeintliche Sicherung zum Siegel des Verderbens wird.

Ein Feldherr erklärt, daß der Besitz dieser oder jener Festung im nächsten Kriege dreihunderttausend Mann erspart. Der Staatsmann, ohne die politische Voraussetzung zu prüfen, beansprucht und erhält die Festung, und um dieser Sicherung willen muß ein neuer Krieg geführt werden, der drei Millionen Mann kostet.

Das Beispiel mag schlecht gewählt scheinen, denn gerade befestigte Plätze haben den Ruhm der Unüberwindlichkeit in diesem Kriege eingebüßt. Um so mehr wird der Grundsatz bekräftigt; denn beständig und unvoraus-

sehbar wandeln sich die kriegerischen Machtmittel. Heerstraßen, Reiterei und Schlachtschiffe treten zurück, Menschenmassen, innere Organisation, Verkehrsmittel, Luft- und Tiefseewaffen, Heilmittel, Sprengstoffe und Gifte beherrschen die Kampfplätze. Von der Geometrie, der animalischen Kraft, der einfachen Mechanik ist die technische Führung auf Physik und Chemie, Industrie und Wirtschaft übergegangen. Die menschliche Beanspruchung gleitet von den Muskeln auf die Nerven, die geistige von Zucht und Entschluß auf Verfügung und Gesinnung.

Es braucht wenig Phantasie, um einen künftigen Weltkrieg, sofern die Völker bereit sind, ihn zu erdulden, millionenfache Flugwaffen, ungemessene Räume und Geschwindigkeiten verwalten zu sehen. Wahrscheinlicher ist es, daß große Weltexekutionen in den schweigenden Formen des Wirtschaftskampfes, der Arbeits- und Leistungsweigerung sich vollziehen werden. In beiden Fällen sind geographische und geometrische Sicherungen nicht mehr, was sie scheinen.

Um zu ermessen, was denn eigentlich, abgesehen von inneren Kräften und Werten, die Stellung eines Staates nach außen zu sichern vermag, muß man versuchen, sich von der möglichen Kampfbereitschaft der Völker ein Bild zu machen. Dieses Bild ist überraschend, denn es zeigt, daß in Zukunft ein Rüstungswesen im bisherigen Sinne nicht mehr möglich ist.

Denken wir uns das Rüstungswesen eines Landes auf einer Linie von zehn Meter Länge aufgetragen, und greifen wir einen geschlossenen Abschnitt von ungefähr dreißig Zentimetern heraus: etwa das Flugzeugwesen.

Nehmen wir an, ein Staat habe während des Krieges jährlich fünfzehntausend mittlere Flugzeuge hergestellt und beschlossen, in jedem Friedensjahre sich auf zehntausend zu beschränken. Das bedeutet einschließlich aller Hilfsindustrien die Beanspruchung von 100 000 Arbeitern.

Nun wird bekannt, daß eine Macht, auf deren Freundschaft man nicht rechnen kann, zwanzigtausend Flugzeuge herstellt. Eine dritte Macht zehntausend. Fünf weitere zusammen vierzigtausend. Das gibt ein Verhältnis von eins zu sieben, ist gefährlich und darf nicht geduldet werden.

Man verdoppelt: von zehn auf zwanzig, die anderen, gemächlicher, gehen von siebzig auf hundert. Verhältnis: eins zu fünf.

Man geht auf dreißig, vierzig, fünfzig – die andern folgen langsam bis hundertfünfzig. Bei dem Verhältnis von eins zu drei beruhigt man sich vorläufig, obwohl es nicht bequem ist. Eine halbe Million Arbeiter ist jetzt von der Flugzeugindustrie verschlungen; zum Vergleich sei angeführt, daß Frankreich vor dem Kriege etwa über drei Millionen industrielle Arbeiter verfügte, Deutschland etwa über acht.

Nun ist aber für das gewaltige übrige Rüstungsgebiet noch nichts geschehen: Panzerschiffe, Tauchboote, Kanonen, Gaswaffen, Verkehrsmittel, Ausrüstungen. Die einzige Grenze der Steigerungen liegt in den verfügbaren Arbeitskräften. Mehr als der letzte Industriearbeiter kann zum Rüstungsdienst nicht herangezogen werden.

Wie aber, wenn trotz aller Bemühungen um Ersatz-

stoffe noch einzelne ausländische Materialien zur Rüstung benötigt werden? Dann muß ein Teil des Handelsverkehrs mit mutmaßlichen Gegnern dem Verteidigungsbedarf dienen.

Nun liegt die Frage nahe: warum war das vor dem Kriege anders? Warum konnte man mit beschränkteren Rüstungen auskommen? Die Antwort ist einfach: es ist in diesem Kriege etwas Ungeheuerliches geschehen, das jedem bekannt ist, und das dennoch nicht beachtet wird.

Früher gab es zu Lande eigentlich nur drei wettrüstende Nationen: Frankreich, Deutschland, Rußland, und zur See zwei: England und Deutschland. Wirklich große Rüstungsindustrien gab es in Deutschland und in Frankreich; sie hatten den größten Teil des Weltbedarfs nebenher zu versorgen. Jetzt gibt es mindestens zehn große Rüstungsnationen mit eignen gewaltigen Kriegsindustrien, in denen milliardenfache Geldwerte, hunderttausendfache Interessen und Intelligenzen verstrickt sind; und das bedeutsamste: der Krieg liegt nicht mehr als eine dunkle, fragwürdige Möglichkeit, als ein fernes Gebirge vor dem Wege der Völker, sondern als ein bekanntes, durchforschtes Gebiet, dessen verborgenste Winkel jedem Blick offenbar sind. Der Erfindungskraft der Welt steht es frei, jede Erfahrung zum Problem, jedes Problem zur Lösung zu führen. Jeder hat seine Stärken und Schwächen, technische und geographische, moralische und organisatorische, wie die Schwächen und Stärken der anderen erkannt und steht vor der Aufgabe des Ausgleichs.

Vor dem Kriege war der Gedanke eines Doppelmachtverhältnisses, eines two power standard kühn, aber kaum

realisierbar; jetzt ist er realisierbar, aber wirkungslos. Ein Gleichgewichtsverhältnis zu zehn Mächten jedoch läßt sich nicht erzwingen, und ließe es sich erzwingen, so würde das Volk sich sittlich und physisch erschöpfen, das es erstrebte. Zum ersten und wahrscheinlich zum letzten Male ist es möglich gewesen, einen Krieg gegen zehnfache Nationenzahl zu führen, der wahrlich kein fröhlicher Reiterkrieg gewesen ist, und wenn neben der Wucht unserer Heere, der Schmiegsamkeit unserer Wirtschaft, der Saumseligkeit unserer Gegner ein Wunder nötig war, uns zu erretten, so mag es uns trösten, daß in der russischen Palastrevolution dieses Wunder sich erfüllte.

In Zukunft bedeutet es nicht das Ziel, sondern schlechthin die politische Voraussetzung unserer politischen Existenz, daß es gelingt, zehnfache Koalitionen gegen uns zu verhindern. Noch vor einem Jahrzehnt durfte man die Besorgnis, es könnten sich die Völker Europas oder gar des Erdballs gegen eine Nationalität zusammenrotten, als abgeschmackten Einfall bezeichnen, doch was aus tiefinneren Gegensätzen zur Wirklichkeit geworden ist, kann immer wieder zur Wirklichkeit werden.

Ist somit die grundlegende Voraussetzung unserer künftigen Existenz eine politische, so beruhen alle Sicherungen dieser Existenz auf der gleichen Grundlage, mögen sie wirtschaftlicher, rüstungstechnischer oder geographischer Art sein, und es bekräftigt sich abermals, daß der Begriff der Sicherungen überhaupt kein vorwiegend militärischer, sondern ein vorwiegend politischer ist.

Welches ist nun der Grundbegriff, von dem die Erörterung deutscher politischer Verhältnisse auszugehen hat,

sofern sie die Hauptgefahr unserer Lage, die Massen-koalition in Betracht zieht? Lassen wir die Gegensätz-lichkeit unseres inneren Wesens und Aufbaues gegen die übrige Welt für heute außer Ansatz, so ist es der offen-kundige und dennoch kaum untersuchte Begriff der Erb-feindschaft.

Erbliche, leidenschaftliche Völkerfreundschaften hat es nie gegeben; Interessenvereinigungen staatlich ver-bundener Fremdstämme und dynastische Verschwäge-rungen haben zeitweilig, nie endgültig vorhandene Gegensätze überdeckt. Erbfeindschaften waren im Ver-lauf der Geschichte häufig; nach Art ihres individuellen Vorbildes, der Blutrache, sind sie mit dem Vorschreiten der Zivilisation unter den westlichen Völkern geschwunden. Weder die Kriege des achtzehnten Jahrhunderts noch die Niederwerfung des ersten Napoleonischen Kaiserreichs, weder Amerikas Aufstieg noch die Pax Britannica hin-terließen anhaltende Erbitterungen oder erblichen Haß. Die entscheidende Erbfeindschaft Europas setzte sich fest, als der Übergang der festländischen Hegemonie von Frankreich auf Deutschland durch die Loslösung von Elsaß-Lothringen besiegelt war, und die Eindeutschung dieses Landes zu mißlingen schien. Durch schwankende Politik wurden zwei weitere Erbfeindschaften, die italienisch-österreichische und die russisch-österreichische genährt. Ernste Gegensätze der Interessen bestanden zwischen England und Frankreich, England und Ruß-land, Rußland und Japan, Japan und Amerika, indessen haben sie zur leidenschaftlich andauernden und unüber-brückbaren Gegnerschaft nicht geführt.

Der Begriff der Erbfeindschaft, die keineswegs von

beiden Parteien geteilt zu werden braucht, ist von unübersehbarer politischer Bedeutung. Eine einzige Erbfeindschaft genügt, um nahezu die Hälfte aller denkbaren Großmachtkombinationen zu Dritt oder Viert unmöglich zu machen. Tritt der Erbfeind unter seinen Freunden werbend auf, so verringert sich der Kreis der Möglichkeiten abermals; er schmilzt auf wenige Kombinationen zusammen, wenn eine zweite oder dritte Erbfeindschaft oder die erbfeindliche Ansteckung eines Bündnisstaates hinzutritt.

Weiterhin steigert sich die Einkreisungsgefahr, weil der von Erbfeindschaft betroffene Staat seine stärkste politische Handlungsfreiheit verliert. Jeder weiß von ihm, welcher Bündnisse er unfähig, auf welche er angewiesen ist, und dem entschlußfreien möglichen Sozius, vielleicht dem einzigen, dem letzten möglichen, steht es frei, jede Bedingung zu stellen und im Verlauf des Verhältnisses jedes weitere Zugeständnis zu fordern. Denn ihm steht die Welt offen, und je unabhängiger seine Lage, je entscheidender sein Beitritt, desto emsiger wird er umworben.

Die Politik der Empfindung begibt sich in solchem Falle gern auf das Gebiet solcher Beziehungen, die zwischen Einzelmenschen bindender sind als zwischen Staaten: Dankbarkeit und Herzlichkeit werden beansprucht und gelegentlich bekräftigt. Es sind schöne Gefühle, doch bilden sie keine Grundlage der Existenz; ein staatsmännisches Wort der entgegengesetzten Auffassung lautete: »nous étonnerons l'Europe par notre ingratitude«, und kann zu jeder Zeit wieder ausgesprochen werden.

Ist ein absinkender Staat wie Frankreich ohnehin auf bezahlten Bündnisschutz angewiesen und ganz mit der Rolle des anspruchsvollen Schützlings vertraut, treibt er also gewissermaßen weibliche Politik, so kann er sich die gefühlvolle Genugtuung der Erbfeindschaft leichter gönnen als ein aufstrebendes und befeindetes Staatswesen, wie bisher das unsere es war. Auch mittlere Staaten vom Balkanformat, wie sie künftig vom Roten Meer bis zum Baltischen Meer den Osten säumen werden, können gleichzeitig eine mäßige Belastung mit Erbfeindschaft ertragen und die Wagebalkenpolitik der begehrten Uninteressierten fortsetzen.

Was uns betrifft, so haben wir für absehbare Zukunft mit der hochgesteigerten Erbfeindschaft der Franzosen und Belgier gegen uns, der Italiener, Rumänen und Serben gegen Österreich zu rechnen. Den Gedanken, unsere und unserer Freunde Erbfeindschaften zu beschränken, hätten wir in den Vordergrund unserer Friedenspolitik stellen und im Osten damit beginnen sollen. Wir haben eine unklare Randstaatentheorie geschaffen in der Meinung, es gebe noch einen überkräftigen Mittelpunkt, der abgedämmt werden müsse, während in Wirklichkeit ein Mosaik von Mittelpunkten entstanden ist, von denen gerade die Randelemente die organisierbarsten und daher gefährlichsten sein werden. Es wäre besser gewesen, die Entstehung neuer Erbfeindschaften, vor allem eng benachbarter, zu verhindern.

Indifferenter, obwohl es den Anschein des Gegenteils hat, liegen die Dinge im Westen. Geht man von der Voraussetzung aus, daß gewaltsame Angliederungen auch in Zukunft zulässig sind, daß auf ihrer Grundlage

ein Friedensschluß mit See- und Überseemächten überhaupt möglich bleibt, so steht die Bilanz der Erbfeindschaften dem Erwerbe des französischen Erzgebietes und der flandrischen Küste theoretisch nicht im Wege: denn wo eine unauslöschliche Feindschaft schon besteht, kann jedes neue Kompensationsobjekt eher die Hoffnung auf Abbau als die Furcht der Verschärfung rechtfertigen.

Die Betrachtung des Begriffs der Erbfeindschaften bestätigt von neuem, daß die Fragen der Sicherung politischer Ordnung sind; das gleiche ergibt sich, wenn wir den mutmaßlichen Verlauf des Endkrieges und das spätere Verhältnis der Nationen zu Rate ziehen.

Frankreich steht vor der Gefahr, mitsamt seinen Häfen und seiner Hauptstadt in unsere Hände zu fallen. Es ist müßig, zu erörtern, ob das Land in solchem Falle es vorzieht, mit seiner Exilregierung in San Sebastian oder in Portsmouth sich eine Okkupationsverwaltung nach belgischem Muster gefallen zu lassen, oder eine provisorische Regierung beauftragt, den deutschen Frieden zu unterzeichnen. Wichtiger ist das Verhalten unserer Seefeinde. Es ist hart für England, sich und der Welt einzugestehen, daß der Landkrieg verloren und Deutschland militärisch unbesiegbar ist. Eine tiefe Verzweiflung wird sich über Britannien senken; wo nicht Lloyd George, so wird die ungerechte Vertretung des französischen Anspruchs ihr zum Opfer fallen. Dann aber wird man aus der Not eine Tugend machen. Man wird erklären, ein See- und Überseekrieg könne nicht zu Lande entschieden werden, man wird berechnen, daß zwei Millionen freiwerdende Munitionsarbeiter, verstärkt um zwei Millionen Restbestand der französischen und englischen

Heere auf der Insel verfügbar sind, die Hälfte für Schiffbau, die Hälfte für Friedensindustrie. Unter dem Schutze der Blockade wird man versuchen, die warenhungrige Überseewelt mit Frachten und Fabrikaten zu versorgen und alljährlich eine friedlich erpreßte Kriegsentschädigung von fernen Freunden einzutreiben. Zum Kampfplatz wird der Ozean.

Inzwischen ist auf den europäischen Gefilden die Lage der Mittelmächte so beherrschend wie nie zuvor. Vom Kaukasus zu den Pyrenäen reicht ihr Machtgebiet. Italien liegt wehrlos, das Mittelmeer mit allen seinen Buchten ist erschlossen, der Orient steht offen, der Unterseekrieg ersteigt seinen Gipfel. Zum Kampfplatz wird das Mittelmeer und der Osten.

Freilich steht eine neue Umstellung unserer Wirtschaft uns bevor, die gewaltigste seit Beginn des Krieges. Die Munitionserzeugung, die den überwiegenden Teil unserer Gewerbe heute beschäftigt, ist beendet, die Heimkehr der Millionenheere beginnt, es muß für eine Wirtschaft ohne Zufluß und Abfluß Arbeit geschafft werden. Sie wird im Innern und zur See sich finden, zum großen Teil auf Staatskosten; Wiederherstellung und Erweiterung von Verkehrsmitteln und Wohnstätten ist ihr erstes Ziel. Die neue Umstellung wird gelingen, wie die früheren gelungen sind, denn unsere Arbeitskraft, Zuversicht und Willensstärke ist ungebrochen.

Damit beginnt der letzte, gänzlich vorbildlose und vielleicht langwierigste Abschnitt des Krieges. Die sichtbaren Berührungsflächen mit dem Feinde verringern sich, auf beiden Seiten wächst der innere Druck. Die physische Kraftentfaltung nimmt ab, der Krieg wird

zur reinen Frage des Geistes und Willens. Dieser letzten Prüfung ist Deutschland gewachsen.

Doch auch dieser Abschnitt geht zu Ende, wenn auch vielleicht nach vielen Jahren. Dann werden manche unserer heutigen politischen Vorstellungen vergessen sein. Man wird den Krieg als das erkannt haben, was er ist: die wirtschaftliche und soziale Revolution der Alten Welt, man wird seine Ursachen in den sozialen Spaltungen und in ihren nationalistischen und impeperialistischen Folgeerscheinungen finden. Die Sicherungen verlegen sich in das Innere der Staaten. Kraft und Gerechtigkeit der Völker und ihrer Einrichtungen werden als die stärksten Sicherungen erkannt. Annexionen werden nicht mehr im Bilde der Begehrlichkeit erscheinen. Warum sollen nicht Gebiete, die organisch zusammenhängen oder sich ergänzen, zu einheitlichen Staatsformen sich vereinigen? Es steht nicht geschrieben, daß nach einem Kriege, der wie kein zweiter das Angesicht der Erde durchfurcht hat, die Grenzen der Staaten unberührbar sein müssen. Sollten nach diesem Kriege die Grenzen, die Bundschaften Deutschlands sich erweitern, so wird es weder aus Ländergier noch aus Sicherungsangst geschehen, sondern aus organischem Gesetz. Der Friede, den wir erleben oder nicht erleben, wird ein Gesinnungsfriede sein.

# Inhalt

# Werke von Walther Rathenau

## Zur Kritik der Zeit

15. Auflage

Für den, der es recht zu lesen versteht, ein spannendes und erregendes, ja geradezu unterhaltsames und anfeuerndes Buch. Man sitzt gleichsam am Webstuhl der Zeit und sieht die Fäden herüber- und hinüberschießen. Und in allem offenbart sich das Gesetzmäßige, das Mechanisierende. Die absolute Unentrinnbarkeit der heutigen mechanistischen Weltordnung, ihr Hinübergreifen auf alle Gebiete der Produktion, der Verwaltung, der Politik, der Intellektualität, ja des familiären Lebens und der Ichkultur enthüllt sich uns wie ein eisern-klammerndes Gefüge. (Leipziger Neueste Nachrichten)

## Zur Mechanik des Geistes

9. Auflage

Rathenau spricht gegenständlich, plastisch, er sieht die Dinge von allen Seiten, aber es ist niemals die charakterlose Sprache d s Tages hörbar. Rathenau ist kein Utopist. Seine Zukunftsausblicke sind keine Prophetien. Zukunftswege und Zukunftspläne haben nichts Pathetisches. Er hofft auf den unendlichen Wert der menschlichen Seele. Das ist alles. Es hat etwas Beglückendes, daß ein moderner deutscher Kaufmann so gar nicht mit ernüchtertem Auge Kommendes erwartet. Ein stiller Glaube an das Gute in der Welt steigt aus diesem Buche ins Künstlerische empor. (Neue Freie Presse, Wien)

## Von kommenden Dingen

65. Auflage

Eine gebändigte Leidenschaftlichkeit spricht aus dem Buche. Mit mehr Gerechtigkeit als andere Propheten sieht Rathenau auch die guten Seiten der veralteten Einrichtungen, die er vom Erdboden vertilgen möchte. Mit dem leidenschaftlichen Grimme, dessen Nachhall man wie aus der Ferne vernimmt, hätte Rathenau ein schriftstellerisches Meisterstück gestalten können, eine Satire auf die Gegenwart. Aber er will nicht als ein Schriftsteller glänzen, er will überhaupt nicht glänzen oder scheinen. Er will sein und an dem Neubau mitarbeiten. Als ein Baumeister. Wären die kommenden Dinge schon da, so dürfte er unter den Baumeistern des neuen Reiches nicht fehlen. (Fritz Mauthner im Berliner Tageblatt)

## Deutschlands Rohstoffversorgung

Vortrag, gehalten in der „Deutschen Gesellschaft 1914"

39. Auflage

## Probleme der Friedenswirtschaft

Vortrag, gehalten in der „Deutschen Gesellschaft 1914"

25. Auflage

## Streitschrift vom Glauben

11. Auflage

## Vom Aktienwesen

Eine geschäftliche Betrachtung

20. Auflage

Eine geschäftliche Betrachtung? Es ist doch etwas mehr, als dieser bescheidene Untertitel besagen will, und auch interessanter, als der finanztechnische Titel es vermuten läßt. Rathenau zeigt hier den Weg der deutschen Großwirtschaft, die von den primitiven Formen Frankreichs und Englands ausgehend im letzten Vierteljahrhundert eine mächtige Entwicklung und, was wichtiger ist, eine ganz neuartige Daseinsform sich geschaffen hat. Am Ende steht ihm die Einordnung der Großunternehmen in das Gefüge des Staates. Die Schrift ist geistvoll und aktuell: Gründe genug, sich damit anzufreunden. (Karlsruher Tageblatt)




## Die neue Wirtschaft

46. Auflage

Walther Rathenau sieht im Geiste die „Lücken" voraus, die nach Beendigung des Krieges in unserer heimischen Volkswirtschaft entstehen, und diese Lücken sollen verschlossen werden durch das, was Goethe als den „Gemeindrang" bezeichnet, was Rathenau als die „neue Wirtschaft" charakterisiert. Rathenau begründet in geistvoller Form seine Forderung nach der „neuen Wirtschaft". Seine Ausführungen sind voller Gedanken und Ideen, regen zum Nachdenken an. (Nordd. Allg. Ztg.)

## Gesammelte Schriften in fünf Bänden

I. Band: Zur Kritik der Zeit / II. Band: Zur Mechanik des Geistes / III. Band: Von kommenden Dingen / IV. Band: Aufsätze / V. Band: Reden und Schriften aus Kriegszeit.

Daß jemand verschiedene, miteinander nicht verwandte geistige Gebiete beherrscht, ist an sich nicht gerade häufig; aber ein ganz seltener Fall ist es, daß ein Mann, der sich philosophisch der Kritik der Zeit und dem seelischen Aufbau der Menschheit widmet, zu Mitteln seiner Weltanschauung die Industrie, die Technik und den Handel machen kann. Es ist das Einzigartige an Rathenau, daß er nicht ein Industrieller und daneben ein Philosoph ist oder umgekehrt, sondern daß seine Philosophie in seiner praktischen Kenntnis der Wirtschaft, in seiner Anerkennung der geschichtlichen Tatsache „Wirtschaft" begründet ist. Und also philosophiert er nicht an dem Leben, wie es wirklich ist, vorbei; seine Kritik und sein Ideal haben es nicht mit einer eingebildeten oder nur ungefähr angeschauten Welt zu tun. Und darum ist er kein Utopist, sondern ein Mann der ethischen Tat; nicht bloß ein Lehrer, sondern ein Führer. Seine Hauptwerke sind in der Weite und Tiefe wirksam geworden; in der Gesamtausgabe sehen wir nun auch die Vorbereitung, die erste Anlage und strenge Folgerichtigkeit seines Weges.

## An Deutschlands Jugend

20. Auflage

Ferner ist erschienen:

## Reflexionen

(Bei S. Hirzel, Leipzig.) 4. Auflage

Druck der Spamerschen Buchdruckerei in Leipzig



